



Stadtratssitzung

Donnerstag, 13. September 2007, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008–2011; Kenntnisnahme (BAK: Conzetti / FPI: Hayoz)	07.000203
2. Produktgruppen-Budget 2008 - Stabe Budget 2008 (Kenntnisnahme) (BAK: Trachsel) - Antrag Gemeinderat: Ziff. 9, Seiten 22/23 PGB 2008 (Genehmigung) (BAK: Friedli / FPI: Hayoz) - Abstimmungsbotschaft) (BAK: Lehmann / FPI: Hayoz)	07.000221
3. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller): Wie hoch ist der Sozialmissbrauch in der Stadt Bern? (BSS: Olibet)	07.000250
4. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar/Karin Gasser, GB): Sozialhilfemissbrauch: Fragen zu einem „klaren Fall“ (BSS: Olibet)	07.000251
5. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Giovanna Battagliero/Thomas Göttin, SP): BMW- und Mercedesfall (BSS: Olibet)	07.000252
6. Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Wer hat eigentlich noch den Überblick in der Sozialdirektion? (BSS: Olibet)	07.000253
7. Dringliche Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Missbrauch der Sozialhilfe (BSS: Olibet)	07.000254
8. Kleine Anfrage Daniele Jenni (GPB): Countdown-Panzersperre auf dem Kornhausplatz (PRD: Tschäppät)	07.000234
9. Kleine Anfrage Reto Nause (CVP): Stolperparcours in der Marktgasse: Warum hat der Gemeinderat nicht gehandelt? (TVS: Rytz)	07.000235
10. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Aktiv gegen Gewalt (BSS: Olibet)	07.000068
11. Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Cristina Anliker-Mansour, GB): Gräben zwischen den Stadtteilen bei der Anzahl Kinderbetreuungsplätze? (BSS: Olibet)	07.000154
12. Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Schnyder/Natalie Imboden, GB): Mobiles Unterschriftensammeln muss weiterhin bewilligungsfrei bleiben! (SUE: Hügli)	07.000096
13. Postulat Daniel Lerch (CVP): Lärmschutz fürs Acherli (SUE: Hügli)	07.000072

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 25	1349
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1351
Traktandenliste	1352
1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008–2011; Kenntnisnahme.....	1352
2 Produktgruppen-Budget 2008	
- Stabe Budget 2008 (Kenntnisnahme)	
- Antrag Gemeinderat: Ziff. 9, Seiten 22/23 PGB 2008 (Genehmigung)	
- Abstimmungsbotschaft.....	1359
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.40 Uhr	1366
Dringlicherklärung	1367
2 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2008	
- Stabe Budget 2008 (Kenntnisnahme)	
- Antrag Gemeinderat: Ziff. 9, Seiten 22/23 PGB 2008 (Genehmigung)	
- Abstimmungsbotschaft.....	1367
Eingänge	1385

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Cristina Anliker-Mansour
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Lea Bill
Manfred Blaser
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Karin Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin

Guglielmo Grossi
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Dannie Jost
Rudolf Keller
Markus Kiener
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Markus Lüthi
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Christine Michel
Patrizia Mordini

Erik Mozsa
Philippe Müller
Reto Nause
Nadia Omar
Stéphanie Penher
Pascal Rub
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Rolf Zbinden
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Peter Bühler
Susanne Elsener

Andreas Krummen
Daniel Lerch

Lydia Riesen-Welz
Christoph Zimmerli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Stephan Hügli-Schaad SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
Ursina Wälchli, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

Traktandenliste

Bei Traktandum 2 gibt es eine Änderung. Frau Rytz wird am nächsten Donnerstag nicht anwesend sein und aus diesem Grund werden wir in der Budgetdiskussion bei der Detailberatung nach der Präsidialdirektion direkt zur Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün übergehen.

1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008–2011; Kenntnisnahme

Geschäftsnummer 07/000203 / 07/181

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2008–2011.

Bern, 20. Juni 2007

Conradin Conzetti für die Kommission BAK: Über den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) hat die BAK ausführlich gesprochen. Der BAK ist klar, dass der IAFP ein Steuerungsinstrument in der Kompetenz des Gemeinderats ist. Der IAFP zeigt die mittelfristige Aufgaben- und Finanzstrategie, die sich im fließenden, rollenden Prozess und sich, anders als das Budget, noch nicht im Entscheidungsstadium befindet. Gerade weil der IAFP weiter in die Zukunft steuert, hat sich die BAK ausführlich damit befasst. Der Plan besteht aus einem Vorbericht, der alles in Textform zusammenfasst, einer Zusammenfassung der Zahlenergebnisse, aus langen Abschnitten der detaillierten Pläne der einzelnen Direktionen, Dienststellen und Produkte und schliesslich aus einer Liste mit den neuen Aufgaben und geplanten Investitionen. Bei allem Planen spielen die Planungsannahmen als grundlegende Setzungen eine wichtige Rolle. Dabei geht es zum Beispiel um das Wirtschaftswachstum. Der IAFP rechnet pro Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent gemäss Berner Konjunktur Prognose vom Herbst 2006. Heute erscheint dies als eine eher tiefe Annahme. Laut Strukturdaten der Region VRB, lag das BSP-Wachstum der letzten zehn Jahre bei 2,1 Prozent pro Jahr, was sich auch beim Wachstum der Unternehmenssteuern gezeigt hat. 2007 rechnet das BAK Basel economics für den ganzen Kanton Bern mit 2 Prozent Wachstum. Es ist also nicht zu erwarten, dass dieser Wert in den kommenden Jahren sinken wird. So könnte man alle Annahmen wie Teuerung, Zinsen, Personal etc. bedenken. Auch kleine Prozentangleichungen haben in den Millionenbeträgen grosse Auswirkungen. Dies ist ein Teil der Unsicherheit und der Unschärfe des Planens. Daher sind die Steuereinnahmen relativ vorsichtig budgetiert: Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen relativ flach, die der juristischen Personen relativ steil. Aufgrund der Wirtschaftswachstumsprognose wäre es vorstellbar, dass diese sogar noch stärker steigen. Allerdings müssen wir auch die Steuerteilungen mit bedenken. Zu den Planungsannahmen gehören auch die äusseren Einflüsse des Planens von Bund und Kanton. Die Revision der kantonalen Steuergesetze von 2009 bringen wahrscheinlich etwa 13 Millionen weniger Steuereinnahmen. Auch beim Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) ab 2011 wissen wir nicht, was auf uns zukommt. Wir haben für den Plan auch eigene Vorgaben, wie die Haushaltsverbesserungsmassnahmen, gesetzt. Diese werden sich natürlich auch ab 2009 fortsetzen. Es ist klar, dass wir die Grossprojekte Bahnhofplatz, Brünnen, Neufeld-Zubringer, Tram, Hochwasserschutz usw. nicht mehr vollständig selbst finanzieren können, was unsere Zins- und Abschreibungskosten erhöht. Die BAK hat aber keine dieser Investitionen in Frage gestellt. Die Seiten 20 bis 22 bieten eine Zusammenfassung des ganzen IAFP. Dort werden

die Unsicherheit des Planens, das FILAG, der Komplex Zentrumslasten, Lastenverteilung, Steuergesetz und die weiteren Finanzentscheide bei Kanton und Bund angesprochen. Zudem stellt der Gemeinderat auf diesen Seiten seine finanzpolitischen Grundsätze dar. Alles zusammengekommen werden die Defizite ab 2009 jährlich wachsen, von 30 Millionen auf fast 35 Millionen Franken. Man muss sich klar machen, dass diese 30 Millionen Franken nur etwa 3 Prozent des gesamten Umsatzes darstellen. Die Einschätzung dieses Defizits liegt bei der Wirtschaftspolitik. Der Gemeinderat meint dazu: „Diese Defizite liegen ausserhalb der allgemeinen Planungsunschärfe und rufen nach frühzeitigen Entscheiden und Massnahmen.“ Dieser Satz hat die BAK lange beschäftigt. Viele Mitglieder der BAK stimmen dieser Einschätzung des Gemeinderats zu. Doch welches sind diese frühzeitigen Massnahmen, die der Gemeinderat vorsieht? In dieser Frage gingen die Meinungen auseinander. Für die Einen ist der IAFP ein Wunschzettel und nur die konkrete Budgetplanung kann zeigen, was konkret eingespart werden kann. Für die Anderen dient der IAFP genau dazu die mittelfristigen Strategien des Gemeinderats wenigstens als Ideen oder Vorschläge aufzuzeigen. Natürlich spielt in diesem Zusammenhang der Bilanzfehlbetrag aus früheren Jahrzehnten eine grosse Rolle. Bekanntlich liegt dieser Betrag noch auf 185 Millionen Franken und die Stadt sollte davon jährlich 20,8 Millionen abtragen. Für die Jahre 2007 und 2008 hat auch der Kanton zugestimmt, diese Abzahlungen zu sistieren. Wenn man von der Gesamtbilanz der Stadt, von 3,3 Milliarden Franken, ausgeht, sind auch diese 185 Millionen Bilanzfehlbetrag nicht viel, genauer gesagt nur 6 Prozent. Dies ändert aber nichts daran, dass nach kantonalem Gesetz dieser Betrag bis 2017 abgetragen werden muss. Der Finanzplan sollte eigentlich zeigen, mit welchen Massnahmen und mit welchem Konzept der Bilanzfehlbetrag abgetragen werden soll. Die Gemeindeverordnung schreibt im Artikel 65 vor: „Budgetiert eine Gemeinde einen Bilanzfehlbetrag oder weist sie einen solchen in der Jahresrechnung aus, enthält der Finanzplan einen Überblick gemäss Artikel 64 Absatz 2 und zeigt zusätzlich auf, wie und innert welcher Frist der Bilanzfehlbetrag ausgeglichen wird.“ Dies fehlt im vorliegenden IAFP. Die BAK stützt sich auf die Vorlage des Kantons und meint, der Gemeinderat sollte in den Finanzplänen aufzeigen, mit welcher mittelfristigen Strategie er die Defizite ab 2008 ausgleichen will. Die BAK nahm zur Kenntnis, dass der Gemeinderat den IAFP in Zukunft schon Anfang Jahr bekannt geben möchte und begrüsst dies. Damit werden mehr Grundlagen für den Budgetprozess geschaffen. Der IAFP sollte nicht nur eine Finanzwunschliste sein, sondern die finanzstrategischen Absichten des Gemeinderats aufzeigen.

Sechs BAK Mitglieder meinen, dieser IAFP entspreche der bisherigen Praxis eines Wunschkatalogs und man könne darin keine Strategieabsichten erwarten. Sie nehmen den IAFP zustimmend zur Kenntnis. 4 Mitglieder sind der Meinung, der IAFP müsse eine strategische Entwicklung aufzeigen und lehnen diesen Plan ab. Ein weiteres Mitglied ist der Meinung den IAFP neutral zur Kenntnis zu nehmen.

Fraktionserklärungen

Dolores Dana für die Fraktion FDP: Der IAFP 2008 bis 2011 dient als Planungsinstrument und sollte ein Frühwarnsystem sein. Es geht also darum, korrigierende Massnahmen einzuleiten. Solche sind aber weder im IAFP noch im Budget zu sehen. Es scheint fast so, als ob der Gemeinderat aufgegeben hätte. Die FDP weist seit Jahren darauf hin, dass das Budget beschönigt wird und fällige Unterhalte vernachlässigt werden. Uns erstaunt dieses prognostizierte Defizit nicht. Was aber erstaunt, ist die Passivität des Gemeinderats. Er scheint auf bessere Zeiten zu hoffen und darauf, dass der Kanton das Moratorium um weitere zwei Jahre verlängert. In diesem Budget sehen wir schwarz auf weiss, dass die Stadt Bern auf zu grossem Fuss gelebt hat. Die RGM-Politik ist für Gutverdienende anscheinend kein Grund in der Stadt zu bleiben. Die Stadt hat klar über ihre Verhältnisse gelebt. Doch gelernt hat man daraus

nichts. Im neuen IAFP werden weitere neue Aufgaben ersichtlich, die meisten davon in der BSS. Es gibt immer weniger Kinder und doch steigen die Ausgaben für das Schulamt beständig. Waren unsere Schulen denn so schlecht? Jede dieser zusätzlichen Aufgaben sollte hinterfragt werden. Es sollte die Gretchenfrage gestellt werden, ob wirklich der Staat diese Aufgaben übernehmen muss. Diese Fragen werden heute nicht gestellt, weil man die Antworten scheut. Es handelt sich bei diesen neuen Aufgaben nämlich nicht um staatliche Aufgaben. Von den neuen Aufgaben sind nur 8 voraussichtlich lastenausgleichsberechtigt. Unter dem Stichwort lastenausgleichsberechtigt werden neue Aufgaben angenommen und das Budget aufgeblasen. Denn mit dem Verweis auf den Lastenausgleich wird der Anschein erweckt, die Investitionen würden von der öffentlichen Hand entschädigt und seien somit gratis. Lastenausgleichsberechtigt heisst aber nicht Cash im gleichen Umfang. Es ist nach wie vor so, dass die Stadt Nettozahlerin und nicht nur Empfängerin ist. Der Verweis auf den Lastenausgleich ist sehr trügerisch. Der IAFP basiert auf dem Budget 2008. Das Budget 2008 ist somit Voraussetzung des IAFP. Wir werden diesen IAFP nicht positiv oder negativ, sondern einfach zur Kenntnis nehmen. Es stört uns schon lange, dass man die Dinge, völlig systemwidrig, positiv oder negativ zur Kenntnis nimmt. Wir unterstützen den Antrag GFL/EVP, weil dieser unsere Politik unterstützt. Will die GFL/EVP-Fraktion konsequent sein, müsste sie unseren Budget-Rückweisungsantrag unterstützen, weil der IAFP bekanntlich auf diesem Budget basiert. Den Zusatzantrag der SP/JUSO lehnen wir ab. Dort wird nur wieder etwas in die Zukunft verschoben. Zudem würde eine zusätzliche Stufe eingebaut, die der Sache nicht dienlich wäre.

Ueli Stückelberger (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Für uns ist der IAFP wichtiger als das Budget. Im Budget können wir nur noch Retuschen vornehmen, der IAFP dagegen legt dar, wohin die Stadt Bern in Zukunft geht. Für uns sollte der IAFP ein klares Führungsinstrument sein, in welchem der Gemeinderat aufzeigt, wie er Aufgaben und Finanzen unter einen Hut bringt. Unter diesen Voraussetzungen sind wir mit dem vorliegenden IAFP nicht zufrieden. Für uns ist der IAFP, wie er hier vorgestellt wurde, ein unbewertetes Sammelsurium von Einzelposten und Wünschen mit der Folge, dass für die kommenden Jahre hohe Defizite ausgewiesen sind. Das darf nicht sein. Wir hätten erwartet, dass der Gemeinderat eine Strategie aufzeigen würde. Unser Verständnis eines IAFP ist dem vorliegenden diametral entgegengesetzt. Am runden Tisch wurde versprochen, dass mit den Massnahmen, die für das Jahr 2008 getroffen wurden, ausgeglichene Budgets in den Jahren 2009 bis 2011 erreicht werden können. Davon ist heute wenig zu merken. Zudem hat der Gemeinderat gesagt, wenn man 8 Prozent der Massnahmen des runden Tisches umsetzen würde, gäbe es eine schwarze Null. Trotz eines überwiesenen Postulats dazu, werden auch die Teilrückzahlungen für den altrechtlichen Fehlbetrag nicht geleistet. Es fehlt hier ganz klar eine mittelfristige Finanzplanung. Der Gemeinderat hat hier eine Verantwortung. Gesunde Finanzen sind ein Slogan der Freisinnigen und 40 Prozent der Exekutive, darunter die FPI, gehören zum Freisinn. Er kann sich hier nicht ganz aus der Verantwortung ziehen. Es ist wichtig, dass der Gesamtgemeinderat diese Verantwortung wahrnimmt und zeigt wohin der Kurs geht. Es ist daher irrelevant, ob wir heute im Budget 300'000 Franken mehr oder weniger beschliessen. Das sind Peanuts im Vergleich zu den aufgezeigten Defiziten. Die Fraktion GFL/EVP ist für gesunde Finanzen. Es ist wichtig, dass aufgezeigt wird, wie dieses Ziel mittelfristig erreicht werden kann. Wir sind mit dem Gemeinderat unzufrieden und verlangen deswegen die im Antrag geforderte Überarbeitung des IAFP. Der Antrag der SP/JUSO geht für uns in dieselbe Richtung. Um die Debatte nicht zu verkomplizieren, **ziehen wir unseren Antrag** zu Gunsten des Antrags SP/JUSO **zurück**. Weil wir mit dem vorliegenden IAFP nicht einverstanden sind, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Thomas Göttin (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Stadt hat heute bei einem Budget von knapp 1 Milliarde Franken 185 Millionen Schulden. Der Kanton dagegen hat bei einem Budget von 9 Milliarden über 7 Milliarden Schulden. Hätte die Stadt im Verhältnis zum Kanton gleichviel Schulden, so könnte sie sich 700 Millionen Franken Schulden leisten. Alle Finanzexperten sagen, eine Schuldenquote von 20 Prozent im Verhältnis zum Volkseinkommen sei tolerierbar. Die Quote des Kantons liegt bei 15 Prozent, die der Stadt läge darunter. Der Kanton hat einen so genannten Aufgabendialog mit 500 Experten durchgeführt, um herauszufinden, wo in den nächsten Jahren noch gespart werden kann. Kurzfristige Einsparungen wird es keine mehr geben, die Experten sehen aber Ausbaubedarf in den Bereichen Bildung, Umwelt und soziale und öffentliche Sicherheit. In der Stadt Bern sieht die Lage wohl ähnlich aus. Es ist richtig, dass der IAFP mehr Gewicht bekommt und daher vor dem Budget diskutiert wird. Die Gründe für die Defizite im Budget sind vielfältig: die 20 Millionen Schuldenabbau pro Jahr, die Steuerausfälle ab 2009, die Zunahmen beim Disparitätenabbau und die Kosten des FILAG. Der Bund kürzt im Sozialen, der Kanton kürzt im Sozialen und irgendwann bleiben diese Kosten an der Gemeinde hängen. Diese Stadt hat keineswegs einfach 30 Millionen Franken, die sie zum Fenster rauswerfen will und dieser IAFP ist auch kein Wunschkatalog. Trotz all dem will auch die SP/JUSO-Fraktion diese Defizite nicht im IAFP sehen. Eine Steuererhöhung ist keine Alternative und Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Die Stadt muss ihre Probleme zuerst selber in den Griff bekommen, bevor sie jammert. Die Sparbemühungen dürfen in den nächsten Jahren nicht nachlassen. Dies heisst auch, dass wir unsere Aufgaben immer wieder laufend nach ihrer Notwendigkeit überprüfen müssen. Die SP/JUSO-Fraktion ist bereit, diese Überprüfung weiter zu führen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die staatlichen Institutionen effizient und im Interesse aller arbeiten. Verglichen mit Basel, Genf oder Zürich hat Bern, in einem sehr ländlichen Kanton, eine spezielle Rolle. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Stadt gestärkt wird, auch der Kanton gestärkt wird. Dies geht nicht auf Kosten der ländlichen Gemeinden, sondern nur gemeinsam und durch den Abbau von Misstrauen. Es wäre sicher nicht schlecht, die zuständigen Kommissionen von Stadt- und Grossrat würden einmal zusammensitzen. Dies stärkt Bern als Gesamteinheit. Eines ist für uns klar. Angesichts der drohenden Defizite kann der Gemeinderat nicht einfach auf den nächsten IAFP warten. Es liegt am Gemeinderat, die Strategie zu einem Budget 2009 ohne Defizit aufzuzeigen. Schon in diesem IAFP hätte er verschiedene Szenarien oder Perspektiven aufzeichnen können. Dass dies möglich ist, hat er am runden Tisch bewiesen. Dort sind nämlich solche best-, worst- und mean-case Szenarien enthalten, die aufzeigen, wie sich die Finanzen bis 2010 je nach Voraussetzungen ändern. Der IAFP ist ein Planungsinstrument und keine Abfolge von feststehenden Budgets der nächsten Jahre. Je weiter der Horizont liegt desto ungenauer ist ein solches Planungsinstrument. Auch die jetzigen Defizite von mehr als 30 Millionen geben auf längere Frist bei einem Budget von 1 Milliarde eine wacklige Präzision für künftige Politentscheide vor. Die mittelfristige Finanzplanung von Basel zum Beispiel rechnet zurzeit mit einem Defizit von 150 Millionen bis 2010. Wir sind froh, dass die GFL/EVP ihren Antrag zurückgezogen hat und wir nun gemeinsame Sache machen. Da der IAFP 2009 bis 2012 schon im Januar vorliegen soll, denken wir, dass es günstiger kommt, diesen schon jetzt anzupacken, als den überarbeiteten IAFP 2008 bis 2011 im Dezember vorzulegen und dann innerhalb eines Monats einen neuen IAFP aus dem Boden zu stampfen. Wir geben dem Gemeinderat den Auftrag einen IAFP, in welchem er aufzeigt, wie die Defizite verhindert werden sollen, vor Ende Januar der BAK vorzulegen. Die SP/JUSO stimmt dem vorliegenden IAFP zu, der als Planungsinstrument den Handlungsbedarf aufzeigt und somit seinen Zweck erfüllt hat.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der IAFP zeigt Defizite von 31 bis fast 35 Millionen Franken auf. Der Gemeinderat teilt aber nicht mit, mit welchen Massnahmen er die-

sen Defiziten begegnen will. Die SVP ist dafür, dass der altrechtliche Finanzfehlbetrag ohne Moratorium angebaut werden soll. Wenn die Stadt ein Moratorium will, so muss sie zuerst aufzeigen, wo sie sparen will. Auch aus diesem Grund muss der Gemeinderat im IAFP aufzeigen, was er gegen die Defizitprognosen unternehmen will. In seiner jetzigen Form gleicht der IAFP der Arbeit eines Schülers, der zwar alles korrekt zusammengetragen und mit allen Chancen und Gefahren berücksichtigt hat, aber selbst nicht weiter gedacht hat, was er nun machen könnte, damit es nicht zum Defizit kommt. Eine Planung findet statt, aber es wird mit dem Planungsergebnis nicht weitergearbeitet. Der IAFP dient dazu, als Frühwarnsystem zu erkennen, was auf die Stadt zukommt und entsprechende Massnahmen aufzuzeigen. Der IAFP soll ein Steuerungsinstrument sein und nicht nur eine Prognose. Bedenklich ist, dass der IAFP, trotz der Prognose von tendenziell steigenden Steuererträgen, Defizite vorsieht. Wären die Steuerprognosen nicht so gut, würden die Defizite noch höher ausfallen. Des Weiteren sind auch die Zinssätze eher optimistisch geschätzt, wie an einer BAK Sitzung mitgeteilt wurde, und so könnten die Defizite bei steigenden Zinsen auch steigen. In der Stadt Bern werden auch weiterhin grosse Investitionen nötig sein, im Hochwasserschutz oder beim Tram. Dabei dürfen Investitionen in den Unterhalt bestehender Einrichtungen aber nicht vergessen gehen, sonst hat die kommende Generation eine veraltete Infrastruktur und damit auch Finanzprobleme. Es besteht immer die Gefahr den Unterhalt aufzuschieben. Aus der Sicht der SVP darf der Investitionsunterhalt aber nicht vernachlässigt werden. Wir wollen keine Altlasten schaffen. Der Gemeinderat sagt, dass die ab 2009 ausgewiesenen Defizite ausserhalb einer allgemeinen Planungsunschärfe liegen und nach frühzeitigen Massnahmen rufen. Dennoch lässt es der Gemeinderat bei dieser Feststellung bewenden, anstatt Massnahmen zu ergreifen. Aus diesem Grund lehnen wir diesen IAFP ab.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir scheinen hier alle ein unterschiedliches Verständnis der Aufgaben eines IAFP zu haben. In der Gemeindeordnung steht: Der Finanzplan ist zu genehmigen, respektive dem Stadtrat vorzulegen. Der IAFP ist unserer Meinung nach ein Planungsinstrument, das aufzeigt, was für Aufgaben und Ausgaben in den nächsten Jahren anstehen. Der IAFP ist kein 4-Jahres-Budget. In diesem Sinne hat er auch nicht die Verbindlichkeit eines Budgets. Die GB/JA!-Fraktion bedauert es, dass wir als Parlament keine Möglichkeit haben, bei der mittelfristigen Finanzplanung zu intervenieren. Der Stadtrat hat es hier vor einigen Monaten verpasst, mit dem Instrument der Planungserklärung seinen Einfluss auf den IAFP geltend zu machen. Die GB/JA!-Fraktion erachtet den IAFP als wichtige Grundlage, die uns zeigen soll, wohin die Reise geht. Der vorliegende IAFP hat aber teilweise den Charakter einer Wunschliste. Wir bedauern, dass der Gemeinderat dieses Instrument nicht ernster nimmt. Bei den Aufgaben wird von allen fünf Direktionen mehr Bedarf angemeldet, doch fehlt hier leider eine Prioritätensetzung. Es wird nicht zwischen Wünschenswertem und Notwendigem unterschieden. Die GB/JA! anerkennt, dass wir in Zukunft Zusatzaufgaben tätigen müssen. Es gibt Ausbaubedarf, eine Gesellschaft verändert sich und somit verändern sich die Aufgaben. Plätze für Senioren in Pflegeheimen oder für Kinder in Betreuungsstätten erachten wir durchaus als öffentliche Aufgaben. Auch der Unterhalt und gewisse Sanierungen, wie der Lärmschutz, dürfen nicht vernachlässigt werden. Einige Aufgaben erscheinen uns aber fragwürdig. Braucht es wirklich einen neuen Vierteljahresbericht der Denkmalpflege oder einen Betriebskredit von 200'000 Franken für das Haus der Religionen? Wir unterstützen das Haus der Religionen, aber liegt die Finanzierung nicht in erster Linie bei Privaten, Bund und Kanton? Bei der Lokalen Agenda 21 und verschiedenen ökologischen Anliegen vermissen wir die Prioritäten. Es gibt auch Ausgaben gegen die wir protestieren. So zum Beispiel die 20 Millionen Franken für den Wankdorfkreisel. Das Grüne Bündnis unterstützt das Ziel eines ausgeglichenen Finanzhaushalts. Unser Spielraum beim Abtragen der altrechtlichen Finanzfehlbeträge ist aber sehr eng. Wir müssen dem Kanton erklären, dass wir das Moratorium

noch für zwei Jahre brauchen, weil wir hier unter anderem mit dem Umbau vom Bahnhofplatz eine spezielle Situation haben. Wir hoffen, dass sich in den nächsten Jahren nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch die Steuereinnahmen für die Stadt positiv entwickeln werden. Leider kommt hier die Zäsur der Steuergesetzrevision des Kantons. Die Stadt und Region Bern werden gerne als Wirtschaftsmotor des Kantons bezeichnet. Es wäre jetzt an der Zeit diesem Motor etwas Sprit zu geben. Die Stadt Bern ist Nettozahlerin beim kantonalen Finanz- und Lastenausgleich. So hoffen wir darauf, dass wir den Gutschein beim Kanton über 20 Millionen Zentrumslasten werden einlösen können. Wir unterstützen den Antrag der SP/JUSO, obwohl wir der Meinung sind, dass dieser auch nicht viel helfen wird. Wir verlangen vom Gemeinderat eine klare Prioritätensetzung, volle Kostentransparenz und klare Aussagen darüber, wie er gedenkt zu einem ausgeglichenen Budget zu kommen. Die GB/JA! nimmt den IAFP zur Kenntnis.

Einzelvoten

Beat Schori (SVP): Die SVP/JSVP möchte dem Antrag der SP/JUSO einen weiteren Satz beifügen: „Der IAFP soll ebenfalls aufzeigen, wie die altrechtlichen Defizite abgebaut werden.“

Daniele Jenni (GPB): Sparen ist keine Strategie. Der Antrag der SP/JUSO vermeidet es, zu benennen, wo gespart werden soll. Wird das nicht benannt, so hat ein Antrag keinen Zweck und es wird nichts damit erreicht. Wir bekämpfen diesen Antrag.

Christian Wasserfallen (JF): Das Wort IAFP sollte vielleicht in IVFP umbenannt werden. Es sollte nämlich wieder einmal verzichtet und nicht nur gefordert werden. Das Budget läuft seit Jahren aus dem Ruder und nichts passiert, deswegen muss jetzt verzichtet werden. Verzichtet werden könnte auf viele unüberlegte Ausgaben der Lokalen Agenda 21 und auf Tagesbetreuung, die von der Stadt bereitgestellt wird, ohne dass Private aufgefordert werden sich zu engagieren. Eine gesunde Stadt Bern ist sehr wichtig für den Kanton. Es kann nicht sein, dass die Stadt immer beim Kanton Sonderregelungen aushandeln will. Die altrechtlichen Finanzfehlbeträge müssen abgezahlt werden und ohne die Sistierung des Kantons stünde uns das Wasser bis zum Hals und wir müssten konkrete Sparmassnahmen aufzeigen. Jetzt ist es hinausgeschoben und die Stadt kann weiter Geld ausgeben. So geht es nicht. Wir müssen hier und jetzt bestimmen, was ausgegeben werden soll und auf was verzichtet wird. Runde Tische bringen nichts. Wenn man hier im Rat nicht sparen kann, so klappt es anderswo auch nicht besser. Die Budgets steigen laufend. Aber geht es uns tatsächlich so viel besser als vor 20 Jahren? Wir Jungen müssen in Zukunft alles bezahlen, was hier beschlossen wird. Deshalb setze ich mich vehement für die Umsetzung einer Verzichtsplanung ein. Man kann nicht laufend neue Aufgaben übernehmen, Verzicht ist nötig.

Dolores Dana (FDP): Heute ist die Finanzdirektorin ein Bürgerliche, aber dieser Zustand ist neu. Die Probleme des Finanzhaushalts sind weitaus älter. Die bürgerlichen Gemeinderäte können nichts beschliessen ohne die Unterstützung der RGM-Mehrheit.

Thomas Göttin (SP): Die SP/JUSO stimmt dem Zusatz der SVP/JSVP zu unserem Antrag zu.

Barbara Hayoz für den Gemeinderat: Der IAFP ist ein Planungsinstrument des Gemeinderats und gibt unter anderem Auskunft darüber, wie sich die Stadt weiterentwickelt, was auf die Stadt zukommt, wie die strukturelle Situation aussieht und was für Bestellungen in den letzten Jahren vom Parlament eingegangen sind. Im vorliegenden IAFP sind die externen und internen Entwicklungen berücksichtigt worden. Es wird aufgezeigt, dass die Stadt Bern, wenn

nichts unternommen wird, in den Jahren 2009 bis 2011 mit jährlichen Defiziten zwischen 31, 2 und 34,8 Millionen Franken rechnen muss. Diese Zahlen sind alarmierend. Das Parlament und die Bevölkerung haben das Recht zu erfahren, wohin die Reise geht, wenn keine Korrekturmassnahmen ergriffen werden. Im Rahmen des IAFP fehlt eine klare Strategie, wie die finanzpolitischen Probleme gelöst werden sollen. Der Gemeinderat hat aber immer klar kommuniziert, dass er ausgeglichene Budgets anstrebt. Der Gemeinderat wird, wenn er jetzt diese Korrekturen angeht, von den Legislaturrichtlinien abweichen, Ausgaben reduzieren und die Bestellungen des Parlaments hinterfragen müssen. Ob der Gemeinderat dies im Budget 2009 oder bereits im IAFP aufzeigt, ist letztlich egal. Diese Aufgabe muss so oder so gemacht werden. Hier konnte der Gemeinderat bisher im Rahmen des Budgets 2009 nicht konkret werden. Die Forderung ist jetzt, dass dies bereits im Rahmen des IAFP geschieht. Der IAFP als mittelfristiges Planungsinstrument soll in diesem Sinne ausgeweitet werden. Ich teile die Meinung, dass der altrechtliche Finanzfehlbetrag jetzt abgebaut werden muss. Wir dürfen der nachfolgenden Generation keinen Schuldenberg hinterlassen. Bei den Zentrumslasten möchte ich vor verfrühter Euphorie warnen. Die Stadt Bern kann froh sein, wenn wir das heutige Niveau halten können. Der geschätzte Steuerertrag im IAFP basiert auf der Prognose des Kantons bis 2011 und auf eigenen Erfahrungen. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, das Anliegen aufzunehmen und den IAFP im Sinne einer Absichtserklärung des Gemeinderats auszugestalten und vorgesehene Massnahmen aufzuzeigen. Dabei werden wir Szenarien aufzeigen und Prioritäten setzen müssen. Im Übrigen haben wir eine Verfahrensänderung beschlossen. In Zukunft wird der IAFP bereits Ende Januar im Gemeinderat vorliegen und somit auch dem Budget vorgelagert erarbeitet werden. So kann der IAFP der BAK auch frühzeitig zur Kenntnis gebracht werden. Nicht wie beantragt im Januar, aber wohl doch Ende Februar. In diesem Sinne möchten wir den Antrag SP/JUSO, ergänzt durch den Zusatz SVP/JSVP, entgegennehmen.

Der Vorwurf ich betreibe hier Wahlkampf ist an den Haaren herbeigezogen. Ich äussere mich gegenüber der Presse als Finanzdirektorin und bin in erster Linie an einem gesunden Finanzhaushalt der Stadt interessiert. Zahlen sind transparent und Lügen nicht, sie brauchen keine Interpretation von mir. Ich hinterfrage alle Anträge für weitere Ausgaben, kommen sie von Links oder Rechts. Ich bin überzeugt, dass es gefährlich ist, das Budget weiterhin zu verschlechtern. Heute sind wir auf einem guten Niveau. Mit den neuen Anträgen manövrieren wir unseren Finanzhaushalt gefährlich in die roten Zahlen. Dies können wir uns nicht leisten. Herr Stückelberger sollte eigentlich wissen, dass 40 Prozent nicht ausreichen, um Sparanträge im Parlament durchzubringen. Die Finanzdirektorin alleine kann schon gar nichts bewirken.

Ueli Stückelberger (GFL): Ich sagte nur, dass der Gesamtgemeinderat eine Verantwortung trägt. Dabei ist niemand unschuldig, aber auch niemand alleine schuldig.

Zusatzantrag GFL/EVP

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat bis Ende 2007 einen überarbeiteten integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP 2008-2011) vorzulegen. Dabei hat er für die Jahre 2009 bis 2011 ausgeglichene Voranschläge auszuweisen und darzulegen, wie er dies erreicht.

Zusatzantrag SP/JUSO (Gegenantrag zum Antrag GFL/EVP)

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat den neuen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP 2009-2012) so vorzulegen, dass die Budget- und Aufsichtskommission (BAK) diesen vor Ende Januar 2008 behandeln und eine Empfehlung zuhanden des Stadtrats abgeben kann. Darin hat der Gemeinderat seine Strategie aufzuzeigen, wie er allfällige Defizite verhindern will.

Zusatz SVP/JSVP zum Antrag SP/JUSO

Der IAFP soll ebenfalls aufzeigen, wie die altrechtlichen Defizite abgebaut werden.

Beschlüsse

1. Der Zusatzantrag SP/JUSO wird vom Stadtrat angenommen (69 Ja, 2 Nein).
2. Der Zusatz der SVP/JSVP zum Antrag SP/JUSO wird vom Stadtrat angenommen (54 Ja, 6 Nein, 10 Enthaltungen).
3. Der gesamte IAFP wird vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen (34 Ja, 27 Nein, 10 Enthaltungen).

2 Produktegruppen-Budget 2008

- **Stabe Budget 2008 (Kenntnisnahme)**
- **Antrag Gemeinderat: Ziff. 9, Seiten 22/23 PGB 2008 (Genehmigung)**
- **Abstimmungsbotschaft**

Geschäftsnummer 07.000221 / 07/204

Alle Beschlüsse zum Produktegruppen-Budget 2008 finden unter Namensaufruf statt. Die Namenlisten befinden sich im Anhang.

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2008, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 929 141 673.39 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich weiterhin auf das **1,54-fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt unverändert **1,5 Promille** des amtlichen Wertes,
 - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2008 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben.
3. Er ermächtigt den Gemeinderat, das Produktegruppen-Budget der neuen Verwaltungsstruktur ab 1. Januar 2008 ohne Veränderung des Nettoaufwands des Gesamtbudgets anzupassen; beschlossene Globalbudgets können bei Bedarf aufgeteilt werden.
4. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 27. Juni 2007

Interfraktioneller Rückweisungsantrag FDP, SVP/JSVP und CVP

Rückweisung des PGB 2008 an den Gemeinderat mit der Auflage, die Nettokosten des Sozialamts (310, S. 243) um mindestens Fr. 10 Mio. zu kürzen.

Rudolf Friedli für die BAK: Der Gemeinderat legt dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2008 vor. Aufwand und Ertrag liegen bei 929'141'673 Franken und 39 Rappen. Die BAK will in dieser Hinsicht nichts kritisieren. Die Steueranlage, die dem Budget zugrunde liegt, ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zu bedenken gibt der BAK aber, dass in diesem Budget, wie schon im letzten, keine Schuldenrückzahlung im Umfang von 20,8 Millionen Franken enthalten ist. Der Regierungsrat hat der Stadt Bern bewilligt im Jahre 2007 und 2008 auf diese Schuldenrückzahlung zu verzichten. Die Schulden sind damit aber nicht vom Tisch. Das nun vorliegende, ausgeglichene Budget ist also nur dank der vom Regierungsrat erteilten

Bewilligung für Schuldenrückzahlungsverzicht und dank den Haushaltsverbesserungsmassnahmen im Umfang von 25 Millionen zu Stande gekommen. Nur dank der Gnade des Regierungsrats können wir ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Massgebend für das Budget ist immer die Prognose der Steuererträge. Der Steuerertrag nimmt voraussichtlich um 25,3 Millionen oder 6,7 Prozent zu, was insbesondere auf die stark steigenden Gewinnsteuern der juristischen Personen zurückzuführen ist. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Ertrag der natürlichen Personen um 4,7 Millionen steigt. Bei den juristischen Personen kann auf Grund der konjunkturellen Entwicklung sogar mit 26,6 Millionen Ertragssteigerung, das sind fast 33 Prozent mehr als im Budget 2007, gerechnet werden. Die Stadt Bern kann also von Glück reden, dass ihre engen finanziellen Verhältnisse durch eine gute Wirtschaftslage wenigstens etwas gemildert werden. Es wäre schmerzlich, wenn die Steuererträge tiefer ausfallen würden, der Regierungsrat uns kein Rückzahlungsmoratorium bewilligt hätte und keine Haushaltsverbesserungsmassnahmen getroffen worden wären. Dann hätten wir ein Defizit von 60 bis 70 Millionen Franken. Auf den Seiten 21 und 22 des Budgetvortrags ist nachzulesen, welche Posten dieses Budget gegenüber dem letzten massgeblich belasten. Es gibt da eine Reihe von Mehrausgaben oder Mindererträgen, die auf das übergeordnete Recht zurückzuführen sind und von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Zusätzlich schlägt die Euro 08 mit gut 4 Millionen zu Buche, es gibt Nettomehrkosten von 3,5 Millionen im Sozialbereich und Mehrkosten des neuen städtischen Kulturkonzepts von gut 3,5 Millionen. Insgesamt sind es über 47 Millionen Mehrbelastungen. Es gibt aber auch Mehrerträge, die zu einem ausgeglichenen Budget beitragen. Die wichtigsten sind die bereits erwähnten Steuererträge von 25 Millionen, ein höherer Gewinn der Stadtbauten AG von gut 6 Millionen, mehr Konzessionsertrag des Tiefbauamtes in der Höhe von knapp 1,5 Millionen und ein höherer ewb-Gewinnanteil von gut 1 Million. Das ergibt Mehrerträge von knapp 34 Millionen. Das vom Gemeinderat beschlossene Investitionsbudget 2008 hat Nettoaufwände von 49,5 Millionen im steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen. Diese liegen um einiges höher, als von den Abschreibungsmöglichkeiten eigentlich drin läge. Die direkte Selbstfinanzierung liegt nur bei etwas über 60 Prozent. Der Cashflow ist nur etwa 30,4 Millionen, was gut 61 Prozent der erwähnten 49 Millionen Investitionen sind. Die Finanzfachleute erachten dies aber als kurzfristig genügende Selbstfinanzierung. Nicht zu vergessen ist, dass der Gemeinderat im Budget 2008 bereits Gebührenerhöhungen budgetiert hat, die der Stadtrat noch gar nicht beschlossen hat. Auch sie tragen zum ausgeglichenen Budget bei. Es geht konkret um Friedhof- und Parkgebühren. Zu den Budgetänderungen, die die BAK auf Grund der finanzrelevanten Anträge der Sachkommission beantragt. Es sind insgesamt 285'000 Franken Mehrausgaben, denen die BAK zugestimmt hat. Die BAK hat allen Anträgen der Sachkommissionen zugestimmt. Ein Antrag war die Kürzung von 30'000 Franken bei der FPI. Es geht darum im Generalsekretariat FPI nur 100 und nicht 130 zusätzliche Stellenprozente zu bewilligen. Dies führt zu einer Budgetkürzung um die erwähnten 30'000 Franken. Auf die anderen finanzrelevanten Anträge werde ich eingehen, wenn diese zur Diskussion stehen. Als Gesamtbeurteilung der Vorberatung des Budgets in der BAK ergibt sich, dass die BAK den Anträgen der Sachkommissionen gefolgt ist, was zu Mehrausgaben von 285'000 Franken, vorwiegend im sozialen Bereich, führt. Ins Budget eingeflossen ist ein Sparpaket von 25 Millionen. Darunter sind Posten, die schmerzen, zum Beispiel beim Personal. Aber es sind auch die erwähnten Gebührenerhöhungen drin, die noch nicht einmal beschlossen sind. Die BAK empfiehlt das Budget 2008 des Gemeinderats zur Annahme, lediglich modifiziert mit den von den Sachkommissionen beantragten Mehrausgaben von 285'000 Franken. Die BAK empfiehlt die Budgetannahme mit 6 zu 2 Stimmen, wobei die beiden SVP-Mitglieder der Kommission nicht anwesend waren. Die Budgetannahme bedeutet gleichzeitig auch eine unveränderte Steueranlage vom 1,54fachen der Kantonssteuern, eine unveränderte Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille des amtlichen Werts und eine gleich bleibende Hundesteuer von 100 Franken pro Hund und Jahr.

Martin Trachsel für das Budget StaBe: Die BAK hat das Jahresbudget StaBe am 20. August 2007 geprüft und besprochen. Das konsolidierte Jahresbudget 2008 weist ein geplantes Unternehmensergebnis von 12'210'000 Franken aus. Davon beträgt die Gewinnablieferungsvorgabe 5,4 Millionen. Dem Produktgruppen-Budget können wir entnehmen, dass das ganze Unternehmensergebnis als Gewinn der Stadt abgeliefert werden soll. Vier Punkte sind beim Budget aufgefallen: Bei der Dienstleistung entsteht, durch den Wechsel Police Bern und die Übernahmen der Direktionen BSS und Sportamt begründet, ein Minderertrag. Es gibt ein Leerstandsaufwand bei Zivilschutzanlagen, die neue Verwendungszwecke bekommen müssen. Neben Schulen ans Netz gilt heute auch Hauswarte ans Netz. Neu werden verschiedene Abrechnungen mit den Hauswarten nämlich direkt elektronisch erfolgen. Das höhere Unternehmensergebnis wird durch weniger bauliche Unterhalte von 2'860'000 Franken begründet. Der BAK ist es wichtig, dass die Massnahmen nur temporär in diesem Budget erfolgen, damit die StaBe nicht ausblutet. Aktuell besteht immer noch ein Instandhaltungsbedarf von 36 Millionen Franken. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass sich die StaBe an den Haushaltsverbesserungsmassnahmen beteiligt. Objektmieten werden auf dem Stand von 2007 belassen, was 2,15 Millionen ausmacht. Hinzu kommen Standardsenkungen in der Gebäudereinigung, das Aufspüren von Energieschleudern, Optimierung bei der Schaffung von Heiz- und Betriebskosten und die Optimierung der Leerstände. Die BAK nimmt das Jahresbudget StaBe einstimmig zur Kenntnis.

Fraktionserklärungen

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion ist für Sparen, aber mit sozialer Verantwortung und Augenmass. Für uns ist eine nachhaltige Finanzpolitik, welche Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt und den Blick auch in die Zukunft richtet, auch beim Budget wichtig. Angesichts der schwierigen, aber nicht dramatischen Finanzlage der Stadt Bern haben wir die Einladung zum runden Tisch angenommen. Das Resultat dieses runden Tisches lässt sich sehen. Nachdem die Stadt Bern bereits 10 Sparrunden hinter sich hat, ist es doch beträchtlich, wenn nochmals ein Sparpaket respektive ein Haushaltssanierungspaket in der Höhe von 25 Millionen geschnürt werden kann. Unserer Meinung nach ist der Rückweisungsantrag von FDP, SVP und CVP unseriös. Wer nach drei runden Tischen pauschal die Rückweisung des Budgets fordert und im Sozialamt 10 Millionen reduzieren will, ohne zu sagen wo, muss sich den Vorwurf eines ideologischen Sparapostels gefallen lassen. Beim letzten Budget ist die CVP herausgelaufen, heute ist sie einfach nicht da, eine neue Variante nicht an der Budgetdebatte teilzunehmen. Wollt ihr die gesamte berufliche Integration streichen oder alle Jugendtreffs, Kinderspielplätze und Quartierzentren schliessen? Dies wäre die Variante, um 10 Millionen Franken zu sparen. Die GB/JA!-Fraktion lehnt die Rückweisung klar ab und steigt auf die Budgetdebatte ein. Die GB/JA! hat Sparwillen gezeigt. Für uns ist das vorliegende Budget ein Kompromiss des runden Tisches und wir haben verschiedene schwere Brocken zu verdauen, auf die wir im Rahmen des Kompromisses eingegangen sind. Dass das Personal auf 3,2 Millionen Ausgleich verzichten muss, ist für uns eine schwere Einbusse. Wir hoffen, dass die Stadt hier nicht nachhaltig Schaden davonträgt, weil ihr das Personal davonläuft. Ein weiterer Brocken, der uns schwer zu schaffen macht, sind die 3 Millionen Franken, die beim Fonds für Wohnbau und Bodenpolitik eingeholt werden. Die GB/JA! hätte dieses Geld lieber in den Wohnungsbau gesteckt als in das laufende Budget. Für die Beurteilung des Sparpakets respektive des vorliegenden Budgets orientieren wir uns an vier Kriterien: Erstens sind wir der Meinung, dass Optimierungen dort unterstützt werden sollen, wo es verträglich ist. Dies sind zum Teil kleine, aber trotzdem wichtige Dinge. Wir haben im Rahmen des runden Tisches auch weitere Vorschläge eingebracht. Die Kantonalisierung der Wirtschaftsförde-

rung ist für uns noch nicht vom Tisch und warum wir für das Paul Klee Zentrum immer mehr zahlen müssen, ist uns auch nicht klar. Zweitens unterstützen wir Mehreinnahmen, wo sie vertretbar sind, zum Beispiel bei Parkgebühren. Es ist übrigens durchaus üblich im Budget höhere Parkgebühren einzuberechnen, auch wenn das entsprechende Reglement noch nicht endgültig verabschiedet ist. Drittens: Wir müssen auf gewisse wünschenswerte und geplante Leistungen verzichten. So sind wir zum Beispiel bereit, bei einigen Aufgaben, die wir als wichtig erachten zum Beispiel Fussballrasenfelder oder die Anpassung des Schulmaterials, einzusehen, dass wir uns das in diesem Jahr nicht leisten können. Dies schmerzt uns. Viertens: Keinen Leistungsabbau unterstützt die GB/JA!-Fraktion dort, wo Bürgerinnen und Bürger direkt bei wichtigen Dienstleistungen betroffen sind. Dass Bürgerinnen und Bürger sehr schnell reagieren, haben wir spätestens bei den Protesten gegen die Schliessung des Längmurspielplatzes gesehen. Wir sind auch nicht bereit, bei der Qualität der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten oder beim Betreuungsschlüssel der Tagesschulen Leistungsabbau zu unterstützen. Auch die Sparmassnahmen bei der Unterstützung von sozial Benachteiligten nämlich die Streichung des Weihnachtsgelds der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler werden wir nicht unterstützen. Es ist sozialpolitisch wichtig und richtig, dass Leute in prekären Lebenssituationen Unterstützung finden. Deshalb wollen wir gut funktionierende Institutionen in diesem Bereich nicht streichen. Kinder sollen weiterhin in der Ludothek Lorraine spielen. Im Umweltbereich ist im Moment einiges im Argen. Wir haben im Rahmen der Kommission bei der Mobilitätsberatung den Verzicht auf einige Sparmassnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt, gefordert, weil wir der Meinung sind, dass sich Investitionen im Bereich der Verkehrsmobilität lohnen. Leider bekamen wir in der Kommission nicht genügend Unterstützung, weswegen wir den Antrag hier nicht mehr stellen. Beim Autofreien Tag und bei der Lokalen Agenda 21 stellen wir aber einen Kompromissantrag. Das Einsparen kommt uns hier zu teuer und wir wünschen vom Stadtrat eine Kompromisslösung. Insgesamt stellt die GB/JA!-Fraktion, zusätzlich zu den BAK-Anträgen, vier Anträge. Diese Anträge sind von den, in der Presse genannten 3 Millionen weit entfernt. Wir tragen vom Sparpaket des Gemeinderats 97 Prozent mit. Im Gegensatz zu den Bürgerlichen, die anscheinend nicht die Zeit hatten ihre Anträge in den Kommissionen einzubringen, haben wir in den Kommissionen sehr konstruktiv gearbeitet. Wenn die SVP die Kommissionen umgeht und ihre Anträge, weil medial wirksamer, hier stellt, so ist das höchst unseriös. SVP und FDP fordern einen sozialpolitischen Kahlschlag. Es erstaunt besonders, dass die FDP, die sonst immer von Outputsteuerung im Budget spricht, hier einfach pauschales Sparen von 5 oder gar 10 Millionen fordert und somit beim Input ansetzt. Die FDP war für NSB, wir nicht. Von Experimenten wie dem vom Kanton geführten Aufgabendialog halten wir nicht viel. Alles anzuschauen bringt nichts, nur wenn man sich von etwas trennt, wird es weniger. Die Fraktion GB/JA! unterstützt das vorliegende Budget. Es hat einen unveränderten Steuerfuss und ist in schwierigen Zeiten grundsätzlich ausgeglichen. Alle müssen auf Maximalforderungen verzichten. Wir haben punktuelle Korrekturen im Sozialbereich, sind aber der Meinung, dass diese im Rahmen des Budgets erträglich sind. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er hier bereit ist, nach einer Lösung zu suchen. Am runden Tisch hat Frau Hayoz drei Szenarien vorgelegt: best, mean und worst. Beim Best-Szenario wurde angenommen, dass 80 Prozent der Sparmassnahmen umgesetzt werden können. Die Fraktion GB/JA! unterstützt sogar 97 Prozent und hofft, dass dieses Budget hier verabschiedet werden kann.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP wird den Rückweisungsantrag der Bürgerlichen ablehnen. Das ist der falsche Weg, dem Budget kritisch zu begegnen. Doch ist auch für uns nicht alles in Ordnung. Wir werden erst nach dieser Debatte entscheiden, ob wir das Budget annehmen oder nicht. Zustimmung wird die Fraktion GFL/EVP, wenn das Budget ungefähr so bleibt, wie der Gemeinderat es uns vorgelegt hat. Das Budget steht auf wackligen Füßen. Zum Beispiel ist es nur ausgeglichen, weil wir die

jährliche Tranche des altrechtlichen Finanzfehlbetrags nicht zurückzahlen. Ausserdem sind Einnahmen budgetiert, die noch gar nicht beschlossen sind. Unter den Einsparungen sind etliche, die der Gemeinderat einfach ein wenig hinausschiebt. Dies ist nicht gespart, sondern kurzfristig die Augen verschlossen. Man verschiebt zum Beispiel das Angleichen der Standards im Unterrichtsmaterial. Was uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier oft vorgeworfen wird, hat nun der Gemeinderat gemacht. Er denkt sehr kurzfristig. Er hat zwar vordergründig seine Sparaufgabe erfüllt, doch hat die GFL/EVP-Fraktion bereits vor einem Jahr verlangt, dass der Gemeinderat beginnt, längerfristiger zu denken. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass bei der Verwaltungsreorganisation im Zusammenhang mit Police Bern noch mehr Sparpotential drin liegt. Stattdessen stockt man bei FPI und SUE die Stäbe auf und begründet dies mit „5 statt 7“. Wir haben weiter verlangt, dass Doppelspurigkeiten abgebaut werden und nach Synergien gesucht wird. Damals haben wir als Beispiele die Abteilung Stadtentwicklung und das Stadtplanungsamt genannt. Inzwischen ist auch hier das Gegenteil geschehen. Die Vormundschaft wurde von der BSS in die SUE verfrachtet. In anderen Bereichen passiert einfach gar nichts. Wir sehen zum Beispiel Möglichkeiten, dass die Schul- und Büromaterialzentrale vermehrt auch mit Bund und Kanton zusammenarbeitet. Wir haben auch verlangt, dass die Schaffung neuer Stellen besser zentral koordiniert werden sollte. Doch hier ist nichts geschehen. Es ist uns ein Anliegen, dass wir bei der Finanzplanung längerfristig denken. Deshalb haben wir den Zusatzantrag betreffend IAFP gestellt. Der Stadtrat ist darauf angewiesen, dass der Gemeinderat Vorschläge macht, wie das Budget ausgeglichen werden kann. Wir möchten den Gemeinderat dazu bringen, dass er den IAFP wirklich als Planungsinstrument benutzt. Der IAFP ist kein Wunschzettel. Es geht beim IAFP darum, dass wir längerfristig planen können und dass uns der Gemeinderat Sparmöglichkeiten aufzeigt, damit wir diese rechtzeitig diskutieren können, ohne das ganze Budget zu gefährden. So wie das heute läuft, stehen wir unter Zugzwang. Der Budgetprozess ist so dicht gedrängt, dass neue Szenarien kaum noch seriös abgeklärt werden können. Der diesjährige Budgetprozess gleicht einem Basar. Alles läuft hektisch ab, niemand scheint genau zu wissen, worum es geht und Anträge werden aus dem Bauch heraus gestellt. Bei den vorliegenden Anträgen wird es die GFL/EVP-Fraktion so halten, dass wir nur sehr wenige Anträge annehmen werden. Dies werden grosso modo die Anträge der BAK sein, die ungefähr 300'000 Franken Mehrkosten verursachen. Dies ist bei einem Budget von 900 Millionen sehr wenig. Wir vertrauen im Grossen und Ganzen auf den Gemeinderat und darauf, dass er seine Sparvorschläge seriös abgeklärt hat. Wir werden dem Gemeinderat möglichst folgen. Bei den Tagesschulen hat Gemeinderätin Olibet versprochen, dass sich trotz Einsparungen nichts am Betreuungsverhältnis ändern wird. Wir gehen davon aus, dass dies stimmt und werden nur unter dieser Bedingung den Antrag Jenni ablehnen. Der IAFP muss als Hilfe für den Budgetprozess mehr Gewicht erhalten. Ob die GFL/EVP-Fraktion dem Budget zustimmt, werden wir nach der Debatte entscheiden und allenfalls vor der Schlussabstimmung ein Timeout verlangen.

Giovanna Battagliero (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion hat das Budget 2008 lange, intensiv und detailliert diskutiert. Wir haben hart mit uns gerungen und nehmen mit dem, was wir heute vertreten, unsere finanz- und gesamtpolitische Verantwortung als grösste Partei Berns wahr. Die zentralen Punkte für die Beurteilung und Behandlung des Budgets 2008 sind für uns folgende: Das Budget muss zwingend ausgeglichen sein. Dies wird auch dann möglich sein, wenn sämtliche Anträge der Kommissionen und die Zusatzanträge der SP/JUSO angenommen werden. Da sind wir sicher. Es wären dann nicht 3 Millionen, sondern exakt 859'000 Franken Mehrausgaben. Das ist die Höhe unserer Anträge und dazu stehen wir. Wir sagen heute und jetzt, wo wir sparen wollen und unsere Anträge sind nicht hektisch entstanden, sondern in langen und seriösen Diskussionen. Natürlich darf die Budgetdiskussion nicht losgelöst von den Perspektiven für die kommenden Jahre geführt werden. Wir

haben die IAFP Diskussion geführt und sehen, dass die Aussichten alles andere als rosig sind. Zentral ist, dass der Gemeinderat möglichst schnell aufzeigt, wie er in den Jahren 2009 bis 2012 allfällige Defizite verhindern will. Das vorliegende Budget enthält das 11. Haushaltssanierungspaket in einem Finanzhaushalt, in dem 80 Prozent der Ausgaben gebunden sind. Das Paket umfasst rund 20 Millionen Mehreinnahmen und Minderausgaben, die zu einem grossen Teil wiederkehrend sind. Im Budgetprozess entscheidet immer noch der Stadtrat und kein Sondergremium. Der runde Tisch dient allein der Vorsondierung und hat keine Entscheidungskompetenzen. Die Fraktion SP/JUSO sagt Ja zu diesem Budget, inklusive gut 95 Prozent des Sparpakets. Das ist keine Verkenning der Realität. Dieses Budget fällt uns nicht leicht. Wir stecken viel ein und es gibt schmerzliche Abstriche: Projekte in den Bereichen Soziales und Integration, die Mittel für den autofreien Tag und das Opfer des städtischen Personals, das in einer guten Konjunkturlage auf den Teuerungsausgleich verzichtet. Die Einmalzulage für das Personal ist gut, aber sicher kein gleichwertiger Ersatz für 3,2 Millionen Teuerungsausgleich. Wir sehen Millionen in Grossprojekten gebunden, die unseren Handlungsspielraum stark einschränken. Es sind Investitionen in die Zukunft und somit wichtige und richtige Investitionen. Doch gleichzeitig diskutieren wir über die Streichung von 54'000 Franken Weihnachtsgeld für Sozialhilfebeziehende oder 20'000 Franken für die Ludothek Lorraine. Weiter sind wir abhängig von den Entscheiden auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Ich erinnere an die absolut unzureichende Abgeltung der Zentrumslasten oder an die 6,5 Millionen jährlichen Zusatzkosten beim öffentlichen Verkehr, weil im Rahmen von NFA für den Regionalverkehr eine Neuberechnung stattgefunden hat. Diese Ausgaben haben nichts mit der Ideologie der Stadt Bern zu tun, wir können sie nicht beeinflussen. Deshalb ist es richtig, dass wir für 2007 und 2008 vom Kanton ein Moratorium für den Abbau der altrechtlichen Finanzfehlbeträge erhalten haben. Dies ist keine Gnade des Regierungsrates. Wir zeigen dem Kanton mit diesem Budget auf, wie wir unsere Finanzen sanieren wollen. Das Resultat lässt sich sehen. Die uns vorgeworfene Zerzausung des Budgets ist eine masslose Übertreibung. Natürlich kann man sich fragen, warum die SP/JUSO gegen den Willen ihrer Gemeinderäte noch Zusatzanträge stellt und Ausgaben in dieses Budget packt, nachdem wir zugestimmt haben zu sparen. Wir stehen auch dazu, dass wir sparen wollen. Aber für uns gehört zur politischen Verantwortung auch, dass wir eine Balance finden zwischen gesunden Finanzen und einer Politik, die für unsere Kernanliegen steht. Wenn wir bei Familien, Kindern und bei der Lebensqualität sparen, können wir von unseren Wählern/innen nicht mehr ernst genommen werden. Sparen hat eine Grenze, und wo diese für uns überschritten wird, sagen wir Nein. Aus diesem Grund stellen wir unsere Zusatzanträge und unterstützen die Anträge der Kommissionen. Wir sind verantwortlich für die Finanzen, aber auch um dafür einzustehen, wofür wir gewählt wurden. Auch die SVP belastet das Budget, mit ihrem Nein zu jeglichen Gebührenerhöhungen und durch Mindereinnahmen, die wesentlich höher sind als unsere Mehrausgaben. Über diese Anträge werden wir in der Detaildebatte noch sprechen. Ein Rückweisungsantrag von Seite der Bürgerlichen war zu erwarten. Aber eine solch unsinnige Forderung, wie beim Sozialamt 10 Millionen Franken zu sparen, das nicht. Was soll dies bedeuten? Eine solche Forderung ist klar nicht NSB-konform. Wären diese Ausgaben lastenausgleichsberechtigt, wären es noch viel mehr als 10 Millionen. Dieser Antrag wurde nicht einmal in der SBK gestellt und dort diskutiert. Ob ihr Antrag umsetzbar ist oder nicht ist ihnen egal. Sozialhilfe und Sozialhilfemissbrauch sind trendige Themen, also wollen die Bürgerlichen dort sparen. Sie sagen aber nicht wo oder wie sie sparen wollen, ob bei den sozialen Einrichtungen, bei der Asylkoordination, bei der ambulanten Sozialhilfe oder bei den Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration. Wir lehnen diesen Rückweisungsantrag ab. Den Anträgen der Kommissionen stimmen wir zu. Die Beiträge für die Ludothek Lorraine, für das Projekt ecetera, für den Gaskessel und für die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz dürfen nicht gestrichen werden. Unsere Zusatzanträge verlangen: Keine Streichung des Weihnachtsgelds für Sozial-

hilfebeziehende, keine Verschiebung der Angleichung an Standards beim Unterrichtsmaterial, kein Verzicht auf das Projekt Information Eltern, keine Einführung von Betriebsferien in Kindertagesstätten, keine Schliessung von Spielplätzen und Parkanlagen und keine Reduktion von Sitzbänken. Die SP/JUSO-Fraktion stellt diese Anträge, weil diese Sparmassnahmen Kinder, Familien und die Lebensqualität in unserer Stadt betreffen. Die Anträge der GB/JA! und von Daniele Jenni, die nicht mit unseren Anträgen übereinstimmen, lehnen wir ab. Die Anträge der FDP sind unseriös und nicht umsetzbar. Jetzt sind es noch 5 Millionen Franken beim Sozialamt, 3 Millionen Franken bei der Kultur, 100'000 Franken beim Stadtplanungsamt und 150'000 Franken bei der Stadtkanzlei. Umsetzbarkeit oder Konsequenzen werden nicht bedacht, sondern einfach hohe Beträge in die öffentliche Debatte geworfen. Die FDP will sparen und RGM stellt sich quer. Es ist leider nicht so einfach. Für die Herren der SVP scheint es nicht möglich zu sein, ihre Anträge so einzureichen, dass alle die Möglichkeit haben, sich vor der Debatte seriös damit auseinander zu setzen. Die SVP untergräbt mit ihren last-minute-Anträgen, die nichts Neues beinhalten, die demokratische Parlamentsarbeit, um dem Rat, nach Ablehnung der Anträge, in der Öffentlichkeit wieder „Arroganz der Mehrheit“ vorzuwerfen. In diesem Budget steckt viel Arbeit. Der Steuerfuss bleibt gleich. Das Budget wurde durchkämmt und es wurde mit ganzer Kraft nach Massnahmen gesucht, die Ausgaben einsparen oder Mehreinnahmen bringen. Die vielen Opfer in diesem Budget sind so gut es eben geht verteilt worden. Die Stadt Bern zeigt mit diesem Budget dem Kanton, dass sie spart und handelt. Das Budget enthält Sparmassnahmen in der Höhe von 20 Millionen Franken, die grösstenteils wiederkehren und die Finanzlage verbessern. Zurzeit ist es nicht möglich mehr rauszuholen, da wir auch durch die Entwicklungen in Bund und Kanton gebunden sind. Die SP/JUSO-Fraktion sagt Ja zu diesem ausgeglichenen Budget inklusive den Anträgen der Kommissionen. Auch das StaBe Budget und die Abstimmungsbotschaft nehmen wir zustimmend zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Ursina Wälchli*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.40 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Cristina Anliker-Mansour
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Lea Bill
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem

Karin Gasser
Simon Glauser
Guglielmo Grossi
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Dannie Jost
Rudolf Keller
Markus Kiener
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Markus Lüthi
Ursula Marti
Corinne Mathieu

Christine Michel
Patrizia Mordini
Erik Mozsa
Reto Nause
Nadia Omar
Stéphanie Penher
Pascal Rub
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Anne Wegmüller
Rolf Zbinden
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Thomas Göttin
Andreas Krummen
Daniel Lerch

Philippe Müller
Lydia Riesen-Welz

Thomas Weil
Christoph Zimmerli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Stephan Hügli-Schaad SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
Franziska Meyer, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

Dringlicherklärung

Der Dringlichkeit der Interpellation Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!/Franziska Schnyder, GB): Friedlicher Protest gegen SVP-Grosskundgebung muss bewilligt werden! wird zugestimmt (33 Ja, 21 Nein).

2 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2008

- Stabe Budget 2008 (Kenntnisnahme)
- Antrag Gemeinderat: Ziff. 9, Seiten 22/23 PGB 2008 (Genehmigung)
- Abstimmungsbotschaft

Alle Beschlüsse zum Produktgruppen-Budget 2008 finden unter Namensaufruf statt. Die Namenlisten befinden sich im Anhang.

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Es war einmal ein runder Tisch. An diesem runden Tisch sassen Vertreter verschiedener Parteien, die den Gemeinderat in seinen Sparbestrebungen unterstützen sollten. Das Resultat lässt sehr zu wünschen übrig. Vor allem, wenn man die neuen Begehren anschaut, die in den Listen enthalten sind. Schauen wir die Sparbestrebungen des Gemeinderats an. Einerseits glaubt man, dass er mit guten Gründen gewisse Kürzungen um 20'000 Franken oder 30'000 Franken vorgenommen hat. Auf der andern Seite kann man auch sagen, dass diese Kürzungen einem System folgen. So wusste die Direktion BSS beispielsweise genau, dass das Parlament eine Kürzung des Weihnachtsgeldes für Sozialhilfebezüger ablehnt und den Betrag wieder ins Budget aufnimmt. Was kann der Gemeinderat tun, wenn gewisse Direktionen renitent auf Sparbestrebungen reagieren? Man setzt die Gebühren rauf und budgetiert sie, obwohl wir noch gar nicht darüber bestimmt haben. Dieses Vorgehen ist fraglich. Der Gemeinderat wäre gut beraten, dies nicht mehr zu machen. Eine weitere Sparbestrebung ist, dass man Investitionen um ein Jahr verschiebt. Das bedeutet, dass längst fällige Investitionen in der Direktion PVS einmal mehr verzögert werden. Ist das Sparen? Nein. Früher oder später wird man diese Investitionen sowieso tätigen müssen. Für die nächsten Jahre sind Defizite prognostiziert. Diese sind eine Folge der Sparübungen, die eben keine sind. Ein ausgeglichenes Budget konnte nur erreicht werden, weil der Kanton ein Moratorium bezüglich Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags gewährt hat. Sonst wäre bereits im Jahre 2008 ein Defizit budgetiert. Nennt man dies sparen oder sind dies Haushaltsverbesserungsmassnahmen? Der Gemeinderat spricht in seinem Vorbericht über Leistungsausbau und nicht über Leistungsabbau. Solange der Gemeinderat neue Aufgaben und ein Leistungsausbau von 7,8 Millionen Franken vornehmen kann, können nirgends 25 Millionen Franken eingespart werden. Solange wir Leistungen ausbauen oder neue Aufgaben übernehmen, ist kein Sparwille ersichtlich. Man hat am runden Tisch die Chance verpasst. Man hätte die Aufgaben hinterfragen und Mehrausgaben überprüfen sollen. Man hätte sich fragen sollen, ob diese Aufgaben wirklich in der Zuständigkeit der Gemeinde liegen oder inwiefern es nötig ist, in schlechten Zeiten die Kulturförderung um 3 Millionen Franken zu erhöhen. Auf die strukturellen Überprüfungen warten wir schon lange. Es ist nicht gelöst, wenn Stellen in eine andere Direktion verschoben werden. Man muss prüfen, ob Private gewisse Aufgaben übernehmen könnten. Wir sind enttäuscht über den Ausgang des runden Tisches. Die Überzeiten und Ferienguthaben sind auch nicht budgetiert. In anderen Jahren hätte dies einen Betrag von 11 Millionen Franken ausgemacht. Im Jahre 2008 geht man vielleicht nicht von

diesem Betrag aus, weil es dann Police Bern gibt. Das würde sich eigentlich negativ auf das Budget auswirken. In diesem Budget wird dies jedoch nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat verweist auf die verschiedenen Faktoren, die das Budget 2008 belasten. Auch hier wird der Lastenausgleich wieder einmal inflationär gebraucht. In gewissen Köpfen wird Lastenausgleich automatisch mit gratis assoziiert. Es ist nicht die Schuld des Kantons, wenn wir Kinderbetreuungsplätze haben, die uns niemand zahlt. Da liegt der Schwarze Peter bei uns. Die Stadt Bern ist nach wie vor Nettozahlerin und nicht nur Empfängerin. Sie lebt über ihren Verhältnissen. Unter diesen Voraussetzungen weisen wir das Budget zurück und fordern, dass die Kosten des Sozialamts um mindestens 10 Millionen Franken gekürzt werden. Wir lassen bewusst offen, in welchem Bereich dieser Betrag eingespart werden soll. Der Gemeinderat ist frei, das Resultat zählt. Wieso das Sozialamt? Es hat in den vergangenen Jahren die höchsten Kosten verursacht. Man müsste die Aufgaben und Ausgaben des Sozialamts einmal überprüfen und hinterfragen. Falls unser Rückweisungsantrag nicht zustande kommt, werden wir das Budget ablehnen. Ich fasse die Gründe zusammen: 1. Das Ausgabewachstum wächst jährlich. In den nächsten Jahren sind Jahresdefizite von 31 bis 34 Millionen Franken prognostiziert. 2. Trotz finanziell schlechten Zeiten fordert man einen Leistungsausbau und nicht einen Leistungsabbau. Die Stadt hat mehr Ausgaben als Einnahmen. 3. Es wurden keine Haushaltsverbesserungsmassnahmen vorgenommen, sondern nur ein zeitliches Verschieben der Investitionen. 4. Es sind keine strukturellen Änderungen in Sicht, um die Aufgaben zu hinterfragen. 5. Das Budget ist nur ausgeglichen, weil die Gebühren erhöht wurden. Dabei wurde dies noch nicht einmal entschieden. 6. Wir haben nur ein ausgeglichenes Budget, weil uns der Kanton ein Moratorium gewährt. 7. Überstunden und Ferienguthaben sind nicht als Verbindlichkeit aufgeführt. Ich erinnere: Das Budget war die Basis für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Jahre 2008-2011. Wenn Sie beim IAFP etwas bewirken wollen, müssen Sie unserem Rückweisungsantrag zustimmen, oder das Budget ablehnen.

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Vor einem Jahr haben wir bei der Budgetdebatte den Ratssaal unter Protest verlassen. Dieses Jahr werden wir bleiben. Wir haben leider keinen Geheimplan, wie man das Budget noch einigermassen ins Lot bringen könnte. Die Aktion, bei der wir den Ratssaal verlassen haben, hat Wirkung gezeigt. In einer ersten Phase wurde, auf Initiative des Stadtratspräsidenten, der runde Tisch einberufen. Der runde Tisch scheiterte schlussendlich. Über den Ausgang sind wir enttäuscht. Der Gemeinderat hat zahlreiche Sparvorschläge gemacht, die jetzt seitens der Links-Grünen wieder ins Budget gedrückt werden. Beim letzten Budget haben die Bürgerlichen Sparmassnahmen von rund 21 Millionen Franken vorgeschlagen. Dieses Jahr machen wir Sparvorschläge von rund 16 Millionen Franken, davon sind 3,8 Millionen Franken Mindereinnahmen durch die Gebühren bereits abgezogen. Wir wollen also rund 20 Millionen Franken sparen. Aber RGM will Mehrausgaben in der Höhe von rund 3,1 Millionen Franken. Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit der CVP und der FDP einen Rückweisungsantrag gestellt, den wir hier vertreten werden. Wird der Rückweisungsantrag nicht angenommen, lehnen wir das Budget ab. Es gibt Gründe für eine Ablehnung: Seitens der Einnahmen rechnet der Gemeinderat aufgrund der guten Konjunktur mit höheren Steuereinnahmen. Er rechnet auch mit höheren Gebühreneinnahmen, die teilweise noch nicht verabschiedet wurden. Es ist nicht sicher, ob sie in dieser Höhe eintreten werden. Es ist gefährlich mit Einnahmen zu rechnen, die noch nicht definitiv verabschiedet sind. Die Stadtbauten liefern aus Sicht des Gemeinderats 6 Millionen Franken mehr Gewinn ab, da es sich um Einnahmen handelt. Seitens der Ausgaben sieht es viel schlechter aus. Rund die Hälfte der Stadtratsmitglieder forderte, dass die Kosten gesenkt werden. Trotzdem wachsen die Ausgaben weiter, vor allem im Bereich der Sozialwerke und der Kultur. Im Bereich Kultur will man rund 3 Millionen Franken Mehrausgaben. Aus diesem Grund haben wir einen Gegenantrag gestellt, nämlich die betreffenden 3 Millionen Franken nicht auszugeben.

Im Sozialbereich gibt es Mehrausgaben von rund 21,2 Millionen Franken, also 28 Prozent mehr, als im vergangenen Jahr. Die Amortisation der Altlasten von rund 20 Millionen Franken ist in diesem Budget nicht enthalten. In einer Zeit, in der die Zinsen sehr tief sind, muss die Stadt für den Zinsendienst rund 55 Millionen Franken aufwenden. Fazit: Nur Dank Mehreinnahmen durch die Steuern oder der Stadtbauten kann man die Fixkosten im Jahre 2008 einigermaßen decken. Der Cashflow beträgt 30,4 Millionen Franken und reicht nicht aus, um Nettoinvestitionen von rund 50 Millionen Franken zu finanzieren. In der Rechnung des Jahres 2006 betrug der Cashflow noch 47,8 Millionen Franken. Die Verschuldung wird weiter zunehmen. Für die weiteren Jahre sieht die Lage nicht rosig aus. Wenn die Steuern stagnieren oder sinken, wird der Haushalt der Stadt Bern in eine noch ärgere Schieflage geraten. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) zeigt deutlich, dass aufgrund der vernachlässigten Aufgaben in den verschiedenen Bereichen, die Zukunft noch schlechter sein wird. Die Verantwortung dieser Finanzmisere trägt jedenfalls nicht der bürgerliche Teil des Stadtrats, sondern RGM. Unsere Anträge sind nicht neu. Wir fordern immer dasselbe. Sie brauchen ja nicht Wochen, um darüber zu diskutieren, ob Sie unsere Anträge annehmen oder ablehnen wollen. Inhaltlich sind die Anträge klar. Selbstverständlich darf man bei einer Budgetdebatte Anträge einreichen und nicht nur in der Kommission. Wir reichen die Anträge auch nicht wegen der Medienwirksamkeit ein. Diese Anträge sind Ideen, die wir schon mehrmals eingereicht haben. Wir danken allen, die sich mit der Ausarbeitung des Budgets beschäftigt haben. Dieser Dank geht auch an die Sachkommissionen.

Einzelvoten

Christian Wasserfallen (JF): Aufgrund unserer Finanzsituation liegt das bestmögliche Budget vor. Einerseits haben wir einen Gewinn von ewb, den man zur freien Verfügung verwenden kann, andererseits verzichtet man momentan auf die Abschreibung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge. Die Ausgangslage ist also wahnsinnig schön. Wir können froh sein, dass wir nicht mit einem Defizit starten müssen. Bei dieser Debatte stehen mir einfach die Haare zu Berge. Einige vertreten tatsächlich die Meinung, dass man das Budget, welches seit Jahren verhandelt wird, plötzlich durch die Einnahmen der Parkkarten und Standgebührenerhöhungen sanieren kann. Das kann also wirklich nicht sein. Wenn Giovanna Battagliero behauptet, dass man eine Gebührenerhöhung mit einer Sparmassnahme gleichsetzen könne, dann verstehe ich die Welt des Budgets nicht mehr. Gebührenerhöhungen sind keine Sparmassnahmen, durch sie werden Mehreinnahmen generiert. Eine Gebührenerhöhung im geforderten Ausmass, kommt einer versteckten Steuererhöhung gleich. Man will ja auch andere Leute in der Stadt behalten. Solche die arbeiten und ein Auto besitzen. Diese Leute, die unsere Stadt beleben, bestraft man mit Gebührenerhöhungen. So geht das nicht. Bekanntlich tragen die guten Steuerzahler und Firmen bis zu 80 Prozent zum Steuersubstrat der Stadt Bern bei. Unsere Klientel generiert 80 Prozent der Einnahmen und Sie wollen diese dann mit vollen Händen ausgeben. Das ist sehr unfair. Giovanna Battagliero hat sich sehr ehrlich geäußert. Sie hat zugegeben, dass man beim Budget hauptsächlich die eigene Klientel versorgen will, indem man bei Budgetposten, die einen genehm sind, die Ausgaben erhöht. Wir schauen hingegen auch noch zum Gewerbe und dass man in dieser Stadt atmen und arbeiten kann. Dann werfen Sie uns vor, dass wir in der Kommission keine Anträge gestellt haben und man deshalb nicht darüber diskutieren konnte. Was ist der Zweck, wenn die Anträge in der Kommission gestellt werden? Die Anträge werden sowieso abgelehnt, ob in der Kommission oder im Stadtrat. Sie lehnen ja alles ab. Die Verantwortung liegt bei Ihnen, weil Sie im Stadtrat die Mehrheit vertreten. Nun sollten Sie die Verantwortung auch mal wahrnehmen! Und die GFL tut immer so, als würde sie gerne sparen, weil der IAFP gut dastehen muss. Sie unterstützen aber in der laufenden Budgetdebatte andere Anträge und bleiben bei einem Lippenbekenntnis. Wenn

man sieht, wie die Mehrausgaben im Gemeinderat verteilt sind, dann muss man den bürgerlichen Gemeinderatsmitgliedern einen Kranz winden. Sie sind die Einzigen, die es geschafft haben, in ihren Direktionen eine sinnvolle Finanzplanung zu machen, die nicht ständig wächst. Die BSS und ihre Direktorin, Edith Olibet, gibt Millionen Franken aus, ohne mit der Wimper zu zucken. Dabei wissen Sie genau, dass wir in einer miserablen Finanzlage stecken. Das ist unverantwortlich. Wir haben einen ewb-Gewinn, mit dem wir wirtschaften können und altrechtliche Bilanzfehlbeträge, die wir nicht abschreiben müssen. Ohne diese Komponenten könnten wir das Budget nicht durchbringen. Dann müssten wir schauen, dass wir nicht vom Kanton verwaltet werden. Beachten Sie dies bitte. Wir sollten das Budget zurückweisen, damit wir noch einmal beginnen können.

Reto Nause (CVP): Vor einem Jahr haben wir über das Budget 07 debattiert. Damals wurde unser Rückweisungsantrag bekämpft mit dem Hinweis, dass das Ganze seriös und ganzheitlich abgeklärt werden müsse. Natalie Imboden hat betont, dass die Ampel auf orange stehe und mit Konsequenzen zu rechnen sei. Die GFL appellierte an die Kompromissbereitschaft und dass am runden Tisch Resultate gefordert sind. Was geschah seither? Erneut liegt uns ein Budget vor, das die Altlasten nicht abbaut. Zweifellos werden die rot-grünen Anträge, die sich gegen die Ergebnisse des runden Tisches richten, angenommen. Damit wird der runde Tisch zur Makulatur und zur Bankrotterklärung. Bern wird ein defizitäres Budget haben. Wären wir in der Schule, müssten wir nachsitzen und die Hausaufgaben noch einmal machen. Unser Rückweisungsantrag ist moderat. An Stelle der notwendigen 20 Millionen Franken, die man einsparen müsste, verlangen wir nur noch die Hälfte. Diejenigen, die im September 2006 den Handlungsbedarf anerkannten, was auch die linke Ratsseite war, müssten diesem Rückweisungsantrag eigentlich zustimmen. Der Geheimplan des Gemeinderats ist wohl, dass man in Kauf nimmt, unter die Finanzverwaltung des Kantons gestellt zu werden. So wird man endlich erhalten, was man sich heimlich schon lange wünscht: eine Steuererhöhung, die durch den Kanton verordnet wird. Wir lehnen das Budget ab.

Daniele Jenni (GPB): Die Anträge, die wir stellen mussten, zeigen das Grundmuster des Budgets und damit auch jenes der gemeinderätlichen Politik. Man spart in drei Gebieten. 1. Bei den Schwächsten. Zum Beispiel bei der Herabsetzung des Betreuungsverhältnisses der Tagesbetreuung oder bei der Streichung des Weihnachtsgeldes für Sozialhilfebezüger. 2. Man spart bei den Initiativen, die von unten gewachsen sind. Zum Beispiel mit den Streichungsvorschlägen beim Gaskessel oder jenen der Ludotheken. 3. Man spart bei den Parkflächen und im Grünraum. Beispielsweise bei der Reduktion des Kocherparks, dem Jolimontgut oder mit der Aufhebung der Schwarztoranlage. Das ist die Quintessenz dieses Budgets. Darin spiegelt sich die Politik des Gemeinderats, die sich gegen diese drei Kategorien richtet. Er will laufend Grünflächen überbauen oder Leute, die schwächer sind, aus dem Zentrum vertreiben. Das passt alles sehr schön zueinander. Dieses Budget entlarvt auch gewisse politische Kräfte. Es entlarvt die GFL, die sich als grün versteht. Aufgrund eines vertraulichen Verhältnisses zu einem Gemeinderatsmitglied ist sie sofort bereit, die Betreuungsverhältnisse der Tagesbetreuung abzubauen, in der Annahme, dass doch nichts geschieht. Denn wer's glaubt, wird selig. Offenbar braucht die GFL diese Seligkeit. Dieses Budget entlarvt aber auch die FDP. Im Antrag 14 will sie 3 Millionen Franken für mehr Polizeipräsenz ausgeben. Dabei betont die Sparpartei dauernd, dass die Stadt weniger Geld ausgeben sollte. Damit liegt uns heute Abend erstmals ein Antrag mit Mehrausgaben von 3 Millionen Franken vor, ohne einen Kompensationsvorschlag. Das bestätigt, was ich vorgängig beim IAFP betont habe. Es geht nicht ums Sparen. Es geht darum, wo man je nach politischer Gesinnung, sparen will. Der politische Wille des Freisinns will nicht sparen, er will dort Geld ausgeben, wo so genannte Sicherheits- und Angstpolitik betrieben werden kann. Insofern ist sie nicht besser als die SVP.

Beat Schori (SVP): In den Jahren 2000/2001, als ich Fraktionschef der SVP war, habe ich in einer Budgetdebatte gesagt, dass RGM für ihre Finanzpolitik einmal büssen muss. Heute sind wir soweit. Ich habe betont, dass das Personal unser bestes Gut ist. Jetzt muss das Personal wegen Ihrer Ausgabepolitik bluten. Heute haben Sie gesagt, dass Sie mit schwerem Herzen auf Teuerungsausgleich und Ähnliches verzichten müssen. Das haben Sie Ihrer masslosen Finanzpolitik zu verdanken. Giovanna Battagliero hat gesagt, dass auch wir einen Gemeinderat haben. Dem ist nicht so, obwohl wir gute Beziehungen zu den bürgerlichen Gemeinderäten unterhalten. RGM hat noch einen weiteren Geheimplan. Sie wollen die Altlasten nicht abzahlen. Sie wollen Aufschub. So können Sie uns nächstes Jahr bei Ihrer Abwahl, wenn dann eine bürgerliche Mehrheit im Rat sitzt vorwerfen, dass wir nur noch sparen und nichts mehr ausgeben wollen. Dabei müssen wir dann die Altlasten RGM korrigieren. Das ist Ihr Geheimplan. Sie merken und befürchten, dass Sie abgewählt werden und deshalb wollen Sie uns schlecht darstellen.

Natalie Imboden (GB): Beat Schori hat bezüglich des Altlastenabbaus Unwahrheiten erzählt. Es ist vielleicht sein eigener Geheimplan. Als RGM 1992 gewählt wurde, musste sie dreistellige Millionenbeträge an Altlasten bewältigen. Das waren Altlasten jahrzehntelanger bürgerlicher Regierung. Das ist die Realität. Zu Christian Wasserfallen und seiner Heiligsprechung der FDP: Es ist erstaunlich, dass Sie die FDP Gemeinderäte der Verantwortung über das Budget entbinden. Klar muss die rot-grüne Mehrheit Verantwortung tragen. Die FDP ist jedoch mitverantwortlich. Dieser Verantwortung kann sie sich nicht entziehen. In den Unterlagen des runden Tisches wurde festgehalten, wie viel in den einzelnen Direktionen gekürzt werden muss. Das war für alle Direktionen schmerzhaft. Auch bei den bürgerlichen Direktionen waren es namhafte Beträge. Anscheinend war es auch in den bürgerlichen Direktionen nicht möglich, diese ohne Gebührenerhöhungsvorschläge zu kompensieren. Die Gebühren wurden in den Direktionen beschlossen, die die FDP führt. Bereits letztes Jahr wurden in den Kommissionen entsprechende Anträge gestellt. Ihre Gemeinderäte haben also auch keine andere Möglichkeit die Finanzen ins Lot zu bringen. Sie müssen die Sparanträge, die sie sich selbst setzten, realisieren. Vielleicht müsste man auch mal bei den eigenen Leuten schauen, bevor man gegen RGM wettet.

Ernst Stauffer (ARP): Ich bin wieder einmal in einer sehr unbequemen Situation. Die Linksparteien taxierten mich als rechts-aussen und die bürgerliche Allianz nimmt mich gar nicht zur Kenntnis. Am 6. September 2007 entnahm ich der Tageszeitung „Bund“, dass die FDP, die SVP und die CVP den Voranschlag gemeinsam zurückweisen. Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat sind klar. Es gibt nur noch links oder rechts. Eine Mitte gibt es nicht mehr. Diejenigen, die behaupten, dass sie die Mitte seien, sind links oder wissen es nicht. Jedenfalls sind sie nicht mehr in der Mitte. Beides ist möglich. Ich habe das Protokoll der letzten Budgetdebatte gelesen. Im Gegensatz zum letzten Jahr gibt es nur noch einen Rückweisungsantrag. Ich hoffe, dass allfällige Verlierer nicht wie letztes Jahr davonlaufen. Damals lief die richtig bürgerliche Fraktion nach der Niederlage davon, flankiert vom CVP Generalsekretär, der immer dabei ist, wenn sich publikumswirksame Auftritte anbieten. Bei der Abstimmung über die Kürzungsanträge gab es oft das Stimmverhältnis 53 : 1. Das war dann eben meine Stimme. Die FDP, die in der Mitte des Saals platziert ist, ist sehr beweglich. Damals hat sie sich mehr nach links bewegt und wollte nicht sparen. Es gab aber auch Ausnahmen, bei denen drei Gegenstimmen gezählt wurden. Ein CVP Stadtrat und der EDU Vertreter blieben noch im Stadtrat und haben sich manchmal der Stimme enthalten. Und ich hatte dann die zwei am Rücken. Die andern zwei wurden wahrscheinlich von der Situation ein wenig überrumpelt. Ich hatte ein wenig Mitleid mit ihnen. Als ich aber die Anträge zu diesem Budget erhielt, habe ich festge-

stellt, dass Daniele Jenni 18-mal als Antragssteller aufgeführt ist. Einmal beim Sparen bei der Polizei – ich habe auch nichts anderes erwartet – und 16-mal bei Erhöhungen. Die Linksparteien wollen nun auch wieder mehrere 100'000 Franken ins Budget nehmen oder Kürzungen rückgängig machen. Da habe ich gedacht, dass der Stadtrat wohl doch gut beraten ist, wenn er dem bürgerlichen Rückweisungsantrag, mit dem Auftrag 10 Millionen zu kürzen, zustimmt. Die Stadt hat immer noch Schulden und nicht wie die Burgergemeinde Guthaben. Deshalb muss man nicht Aufstocken, sondern Abspecken. Von den Schulden wurde nur gesprochen, aber es gibt auch noch die Schuldzinsen. In einem Punkt sind die Linksparteien im Recht. Im Stadtrat wird entschieden und nicht am runden Tisch. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hat während des letzten Weltkrieges „Geplauder am Kaminfeuer“ abgehalten. Der runde Tisch ist offenbar etwas Ähnliches. Dies sei eine Alibiübung hat eine Journalistin geschrieben. Man kann auch die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement des Stadtrats abändern und die Fraktionslosen ganz ausschliessen. Das ist alles machbar – Sie haben ja die Mehrheit. Ich bitte den Stadtrat dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Sollten wir verlieren, wäre ich wirklich sehr froh, wenn ich nicht alleine gegen die Krediterhöhungen stimmen müsste. Also nicht davonlaufen! Ich bin mich an Niederlagen gewöhnt und bleibe auch dann alleine hier, wenn ich alleine bin. Ich werde ja nirgends zugeordnet.

Giovanna Battagliero (SP): Der runde Tisch war sehr wohl sinnvoll. Wir haben ein Haushalts-sanierungspaket von 20 Millionen Franken. Die Bürgerlichen lassen dem Gemeinderat nun in ihrer unendlichen Gnädigkeit offen, wo er 10 Millionen Franken einsparen soll. Es wäre aber ehrlicher, wenn Sie sagen würden, wo man sparen soll. Wollen Sie alle sozialen Einrichtungen schliessen? Wollen Sie die Asylkoordination schliessen? Wollen Sie keine beruflichen Integrationsmassnahmen? Was wollen Sie genau? Diese Frage bleibt offen. Der Kredit von 3,1 Millionen Franken, den wir angeblich wieder ins Budget aufnehmen möchten, entspricht, wie ich bereits erläutert habe, 859'000 Franken. Die SVP muss sich rechtfertigen, weil sie ihre Anträge zu spät eingereicht hat. Ihre Begründung ist, dass die Anträge nichts Neues beinhalten und man deshalb keine Zeit braucht, um darüber zu diskutieren. Wenn die Anträge nicht neu sind, können Sie diese ja bereits ein Jahr zuvor einreichen. Das ändert nichts daran. Die Gebührenerhöhung ist keine Sparmassnahme im wörtlichen Sinn, sie ist eine Haushaltsverbesserungsmassnahme. Bei der FDP heisst die Gebührenerhöhung nicht „die eigene Klientel versorgen“, sondern „zum Gewerbe schauen.“ Sie sorgen auch für Ihre Klientel! Es wurde gesagt, dass die Anträge nicht in den Kommissionen gestellt wurden, weil sie sowieso abgelehnt werden und wir die Verantwortung tragen. Wir nehmen diese Verantwortung wahr. Aber auch die Minderheit trägt eine Verantwortung, sie muss sich auch an das System halten. Sie muss ihre Anträge in der Kommission stellen. Zu Reto Nause und dem Thema Bankroterklärung; ich habe bereits erklärt, weshalb das nicht stimmt. Wenn man keine Argumente mehr hat, kommt man auf Geheimpläne und wird paranoid. Wenn man die Politik der SVP anwenden würde, ginge es dem Personal viel schlechter, zudem wäre es schon lange auf einen Viertel reduziert worden. Ich bin zuversichtlich, dass wir keine bürgerliche Mehrheit haben werden.

Beat Schori (SVP): Natalie Imboden hat gesagt, dass RGM altrechtliche Schulden übernehmen musste. Die Bürgerlichen haben in der Zeit von 1985-1990 rund 90 Millionen Franken Fehlbeträge abgebaut. Im Jahre 1992, als RGM übernommen hat, betrug das Defizit rund 119 Millionen Franken. Bis im Jahre 1999 hat RGM das Defizit auf rund 370 Millionen Franken erhöht. Dank dem Verkauf von Schulhäusern und anderen einmaligen Einnahmen haben wir heute ein Defizit von rund 185 Millionen Franken. Es zeugt von Schwäche, wenn Sie uns vorwerfen, dass Sie ein Defizit übernommen haben. Zu den Anträgen: da sie sowieso abgelehnt werden, reiche ich sie an dieser Stelle für die nächste Budgetdebatte ein. So hat RGM genug

Zeit, diese zu prüfen und den einen oder andern anzunehmen. Ich verstehe Ihre ablehnende Haltung, Sie haben eine andere Klientel als wir. Ich verstehe, dass Sie Ihren Wahlversprechen gerecht werden müssen. Aber Sie könnten es doch an einem andern Ort kompensieren. Sie können ein Budget erarbeiten, dass Ihre Klientel berücksichtigt und die Fehlbeträge abbaut. Das wäre richtige Politik.

Barbara Hayoz Direktorin FPI: Ich danke den BAK-Sprechern für die Ausführungen und nehme die unterschiedlichen Fraktionserklärungen und Einzelvoten zur Kenntnis. Ich möchte das Budget 2008 zusammenfassend würdigen: Wir wissen alle, dass Sparen schwieriger ist, als Geld ausgeben. Die Stadt Bern trägt schwer an ihren Schulden. Dabei kommt es nicht darauf an, wer sie angehäuft hat. Aufgrund der Schulden haben wir keinen Handlungsspielraum. Wir müssen den Bilanzfehlbetrag um jährlich 20 Millionen Franken abbauen. Dieser Betrag fehlt uns dann anderswo. Die Vorgaben des Kantons sind klar und daran gibt es nichts zu rütteln. Nur mit einem ausgeglichenen Budget 2008 und einem erkennbaren Sparwillen bleibt der Kanton milde gestimmt. So erhält die Stadt Bern beim Schuldenabbau eine weitere Verschonungspause von zwei Jahren. Die Sparmassnahmen sind in vielen Bereichen schmerzlich. Die Haushaltsverbesserungsmassnahmen, im Sinne von Mehreinnahmen sind nötig, weil sie der einzige Weg sind, um die Stadtfinanzen längerfristig zu kurieren. Die finanzielle Lage der Stadt Bern wird sich erst ändern, wenn die Peripherie des Kantons das Zentrum Stadt Bern zu schätzen weiss. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Ich bitte Sie, das Budget, wie es der Gemeinderat vorschlägt, zu verabschieden. Ich nehme an, dass Barbara Streit mit der Aussage, dass die Anträge kurzfristig und hektisch eingereicht wurden, nicht den Budgetprozess meint. Dieser wurde dieses Jahr, mit dem runden Tisch, so früh wie noch nie eingeleitet. Ausserdem wurde das Budget so breit wie noch nie diskutiert. Ich nehme an, dass Sie die Anträge der Parteien meinen und sich Ihre Vorwürfe nicht an den Gemeinderat richten. Zu Giovanna Battagliero: Als ich von der Verschlechterung bezüglich der 3,1 Millionen Franken durch die RGM-Parteien gesprochen habe, meinte ich nicht nur die SP/JUSO-Fraktion. Es ist mir bewusst, dass die einzelnen Fraktionen unterschiedliche Anträge eingereicht haben. Um die Sparanträge des gesamten Gemeinderats durchzubringen, braucht es Sie, liebe Parlamentarier, ich bitte Sie, den Gemeinderat auf diesem schwierigen Weg zu unterstützen. Der Gemeinderat lehnt den Rückweisungsantrag der SVP/JSVP, der FDP und der CVP ab.

Beschluss

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

Der Rückweisungsantrag FDP, SVP/JSVP und CVP wird abgelehnt (25 Ja, 47 Nein, bei 1 Enthaltung).

Detailberatung: Gemeinde und Behörden GuB

Antrag (1) SBK; Kennzahlen

S. 42; Ratssekretariat (010100) Ersatzlose **Streichung Kennzahlen 4 – 7**

Antrag (2) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 45; Ombudsstelle (020) **Kürzung Nettokosten** von Fr. 305'549

Das Produkt Ombudstätigkeit und Datenschutz ist ersatzlos zu streichen.

Antrag (3) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 50; Gemeinderat (030) **Kürzung Nettokosten** von Fr. 30'000

Auf die Aufstockung des freien Beitragskredites des Gemeinderates ist zu verzichten.

Antrag (4) FDP; Nettokosten

S. 54; Stadtkanzlei (040) **Kürzung Nettokosten** von Fr. 1'854'311 um Fr. 150'000 auf Fr. 1'704'311

Antrag (5) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 55: Stadtkanzlei (040) Leistungen Politik + Verw. **Kürzung Nettokosten** von Fr. 78'286 (20 %) beim Produkt Beziehungspflege und Repräsentation (040010)

SBK-Sprecher *Simon Glauser* (SVP): Ich spreche zu den Gemeinden und Behörden (GuB) und zur Präsidialdirektion (PRD). Die Delegationsteilnehmer waren mit den Direktionsbesuchen zufrieden. Die Fragen konnten zufrieden stellend beantwortet werden und das Arbeitsklima war gut. Die SBK stellt einen Antrag bezüglich des Ratssekretariats: Wir beantragen dem Stadtrat die ersatzlose Streichung der Kennzahlen 4-7, der Seite 42. Diese wurden bereits mehrfach diskutiert. Es geht um die Erhebungen im Bereich der Anfragen, die das Ratssekretariat machen muss. Im Laufe der Jahre wurde ersichtlich, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag oder der Aussagekraft dieser Zahlen steht. Deshalb beantragen wir die Streichung der Kennzahlen 4-7.

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich spreche zum Antrag 4. Wir verlangen die Kürzung der Nettokosten in der Stadtkanzlei von rund 1,8 Millionen Franken auf rund 1,7 Millionen Franken. Der Grund ist die Erlacherhof-Affäre, die wir alle bestens kennen. Wir haben den Gemeinderat in der Interpellation „Mobbing im rot-grünen Bern“ gefragt, welche Kosten durch die vorzeitigen Abgänge in der Stadtkanzlei seit dem Jahre 2000 entstanden sind. Die Antwort des Gemeinderats war, dass Fluktuationen generell Kosten verursachen. Im Fall der Personalwechsel bei der Stadtkanzlei wurden im Rahmen der Vereinbarungen, zusätzliche New-Placement- und Coaching-Kosten bezahlt. In einem Fall wurde eine Abfindung bezahlt. Der Gemeinderat führt aus, dass man sämtliche Kosten ohne Nachkredit im Rahmen des Globalbudgets auffangen konnte. Wenn man diese Kosten so einfach auffangen kann, muss man das Budget nach unten anpassen. Der runde Tisch hat diesem Anliegen keine Rechnung getragen. Deshalb stellen wir den Antrag, das Budget nach unten anzupassen.

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Dem Antrag 1 stimmen wir zu und die andern lehnen wir ab. Ich spreche zu Antrag 2. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir den Tätigkeitsbericht 2006, den wir am 28. Juni diskutierten, positiv zur Kenntnis genommen haben. In einer Stadtverwaltung, die ihre Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, ist eine solche Stelle unverzichtbar. Die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Ombudsstelle trägt dazu bei, die Klagen und Unstimmigkeiten der Bürgerinnen und Bürger in einem frühen Stadium anzugehen und hilft Konflikte zu vermeiden. Die Ombudsstelle hat ausserdem wichtige Aufgaben im Bereich des Datenschutzes und verwaltungsintern.

Christof Berger (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Anträge der FDP und der JSVP/SVP sind abzuweisen. Es ist erstaunlich, dass das zuständige SVP-Kommissionsmitglied weder beim Verwaltungsbesuch, noch in der Kommission, irgendwelche Fragen zu den beanstandenden Budgetposten gestellt hat. Ich frage mich, wozu ein solches Kontrollinstrument gut ist, wenn es von den Betreffenden gar nicht genutzt wird. Diese Anträge sind unseriös. Die FDP will bei der Stadtkanzlei 150'000 Franken kürzen. Die Kosten bei der Stadtkanzlei sind praktisch nur Lohnkosten. Die FDP fordert damit einen Personalabbau. Wir sehen keine Abbaumöglichkeiten und werden den Antrag ablehnen. Fluktuationen können nicht mit dem Budget verhindert werden. Antrag 5 ist ebenfalls nicht durchdacht, denn hier geht es um die Nutzung der Synergien. Es geht auch darum, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie die Stadt entlastet werden kann.

Bei unserem Verwaltungsbesuch hatte ich den Eindruck, dass man hier wirklich nur das Minimum budgetiert hat. Und in eigener Sache, ich muss mir nicht vorwerfen lassen, dass ich keine Vorschläge gemacht hätte, wie man bei der Repräsentation sonst noch 5,5 Millionen Franken sparen könnte.

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir haben bereits mehrfach gefordert, dass die Ombudsstelle abgeschafft wird. Das tun wir auch jetzt mit Antrag 2. Zu Antrag 3: Wir können auf eine weitere Aufstockung des freien Beitragskredit des Gemeinderats von 30'000 Franken verzichten. Bei der Beziehungspflege und Repräsentation gab es Verschiebungen im Budget. Ich verstehe nicht, weshalb man diese jetzt um 20 Prozent erhöhen sollte oder wofür sie eingesetzt werden. Antrag 4 und Antrag 1 werden wir unterstützen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich danke allen für die geleistete Arbeit. Zu den einzelnen Anträgen: Wir schliessen uns Antrag 1 der SBK an. Die Ombudsstelle ist eigentlich Ihre Stelle. Der Gemeinderat hat schon oft gehört, dass der Stadtrat diese Stelle behalten will. Daher müssten Sie eigentlich Antrag 2 ablehnen. Zu Antrag 3: Ich hoffe der SVP ist bewusst, dass die betreffenden 30'000 Franken dem Tierheim Eymatt zukommen. Dies ist auf einen VRB-Vertrag gestützt. Aber Sie dürfen sich selbstverständlich einen Monat vor den Wahlen mit Kleintierzüchtern anlegen! Dies ist wahrscheinlich nicht der taktisch sinnvollste Antrag. Aber vielleicht ist eine geheime Botschaft damit verbunden, die wir noch gar nicht sehen – und schliesslich können Sie ja gerade im Wahlkampf besonders gut mit Tieren umgehen... Zu Antrag 4: Jede Direktion hat die Pflicht Mehrkosten aufzufangen. Im erwähnten Fall waren es unvorhersehbare Mehrausgaben, die teilweise nicht budgetiert waren. Diese Mehrausgaben, die mit personellen Abgängen zu tun hatten, konnte man kompensieren, weil gewisse Stellen über eine längere Zeitspanne nicht besetzt waren. Dadurch wurden auch keine Löhne ausbezahlt. Die Stadtkanzlei erhielt im laufende Jahr einen Kürzungsauftrag von 100'000 Franken, den sie erfüllt hat. Es besteht also kein grosser Handlungsspielraum. Wenn man hier 150'000 Franken einsparen will, muss man eine Stelle streichen. Bei genauerer Betrachtung des Budgets werden Sie feststellen, dass im nächsten Jahr eine Erhöhung der Posten, bedingt durch die Gemeindewahlen, vorgesehen ist. Man hat keine grossen Erhöhungen vorgenommen, da es noch einen laufenden Sparauftrag gibt. Ich bitte Sie, Antrag 4 abzulehnen. Dasselbe gilt für Antrag 5. Dieses Produkt enthält fast ausschliesslich Personalkosten. Wird es gestrichen, muss man eine halbe Stelle kürzen. Ich kann Ihnen erklären, woher diese Schwankungen kommen. Mit dem neuen Zeiterfassungssystem wird besser ersichtlich, wie viele Stunden eine bestimmte Person für ein bestimmtes Produkt arbeitet. Bei den administrativen Dienstleistungen werden Sie beispielsweise eine Abnahme der Kosten wahrnehmen. Das heisst aber nicht, dass man dort weniger oder günstiger arbeitet. Das heisst, dass man die Löhne präziser den einzelnen Positionen zurechnen konnte. Deswegen sind einige gestiegen und andere gesunken. Ich bitte Sie, Antrag 5 abzulehnen.

Simon Glauser (SVP): Wir sind uns bewusst, wofür Sie die betreffenden 30'000 Franken einsetzen wollten. Selbstverständlich wollen wir keinen Streit mit dem Tierheim Eymatt. Vor allem dann nicht, wenn Geissbock Zottel nach den Wahlen ein neues Zuhause brauchen sollte... Im Rahmen des Globalbudgets können Sie die 30'000 Franken in Ihrer Direktion bestimmt auch anderswo einsparen.

Beschlüsse

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

1. Antrag 1 wird angenommen (72 Ja, 0 Nein).
2. Antrag 2 wird abgelehnt (10 Ja, 63 Nein).

3. Antrag 3 wird abgelehnt (17 Ja, 55 Nein).
4. Antrag 4 wird angenommen (37 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltung).
5. Antrag 5 wird abgelehnt (24 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung).
6. Das bereinigte Budget der Gemeinde und Behörden (GuB) wird angenommen (62 Ja, 11 Nein).

Detailberatung Präsidialdirektion (PRD)

Antrag (6) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 94; Gleichstellung (100300) **Kürzung Nettokosten** um Fr. 398'610

Die Produkte Gleichstellungsprojekte, Auskunft und Beratung und Öffentlichkeitsarbeit sind ersatzlos zu streichen.

Liselotte Lüscher (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Ich spreche zu Antrag 6. Die SVP will die Gleichstellungsstelle restlos abschaffen. Ausgerechnet eine Fraktion, die keine einzige Frau in ihren Reihen hat, kommt immer wieder mit diesem Anliegen. Gerade wegen Leuten wie Ihnen, braucht es diese Stelle noch. Wenn man schaut wie jung Ihre Gleichstellungskiller zum Teil sind, braucht man diese Stelle noch für mindestens die nächsten 50 Jahre. Wir bitten Sie den Antrag der SVP/JSVP-Männer abzulehnen.

Beat Schori (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir haben gemeint, dass Antrag 6 nicht bestritten ist. Wir sind in einer schwierigen Lage, weil wir eine Verzichtsplanning machen müssen. Dabei zeigen wir immer wieder auf, wo man verzichten könnte. Ich glaube, dass wir Aufgaben, die nicht zwingend nötig sind, streichen müssen, damit wir die Finanzen endlich im Griff haben. Gleichstellung ist eine Angelegenheit der Führungspersonen und das liegt in der Verantwortung des Gemeinderats. Er versteckt sich immer wieder hinter dieser Stabstelle. Wir müssten eigentlich den Gemeinderat beauftragen diese Verantwortung wahrzunehmen. Dann könnte man nämlich diese Stelle streichen.

Liselotte Lüscher (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Verzichtsplanning der SVP sind die Frauen. Deshalb braucht es diese Stelle.

Beschluss

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

Antrag 6 wird abgelehnt (14 Ja, 57 Nein).

Antrag (7) FDP; Nettokosten zurückgezogen

S. 100; Abt. Kulturelles (110) **Kürzung Nettokosten** Abt. Kulturelles von Fr. 32'392'117 um Fr. 3 Mio. auf Fr. 29'392'117

Antrag (8) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 100; Abt. Kulturelles (110) **Kürzung Nettokosten** um Fr. 3'070'000

Auf die Erhöhung in der Abteilung Kulturelles ist zu verzichten.

Antrag (9) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 100/104; Abt. Kulturelles (110) **Kürzung Nettokosten** um Fr. 200'000

Streichung Leistungsabgeltung Berner Tanztage

Antrag (10) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 100/104; Abt. Kulturelles (110) **Kürzung Nettokosten** um Fr. 74'000

Streichung Leistungsabteilung ImproBern

Antrag (11) SVP/JSVP; Nettokosten

S. 100/104; Abt. Kulturelles (110) **Kürzung Nettokosten** um Fr. 30'000

Streichung Leistungsabteilung TonArt

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich spreche zu Antrag 7. Wir wollen den Status Quo. Es kann nicht sein, dass wir an dieser Stelle 3 Millionen Franken ausgeben und an andern Orten sparen. Oder macht der Gaskessel etwa keine Kultur? 3 Millionen Franken helfen auch nicht weiter, das hat die Kulturdebatte schon verschiedentlich gezeigt. Es ist zuviel zum Sterben und zuwenig zum Leben. Wir könnten grundsätzlich über Kultur sprechen. Das haben wir zwar schon gemacht und gebracht hat es auch nicht viel. **Wir ziehen Antrag 7 zu Gunsten des Antrags 8 zurück.**

Ueli Jaisli (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Ich spreche zu Antrag 9. Der Verein Berner Tanztage hat im Sommer 2007 seine Aktivitäten beendet. Dieser Leistungsvertrag ist also hinfällig. Die 200'000 Franken fliessen nun ohne Zustimmung der zuständigen Behörde in die Dampfzentrale. Man will dort etwas Ähnliches lancieren. Das hätte ich auch sagen können und man hätte mir das Geld zuschicken können. Das wäre aber nicht Rechtsens. Im vorliegenden Fall macht dies offenbar nichts. Aus unserer Sicht herrscht hier Willkür und ein gemeinde-rechtlich vertragsloser Zustand. Aus diesem Grund ist der Betrag von 200'000 Franken zu streichen.

Christof Berger (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Auch diese Anträge sind abzuweisen. Sie entsprechen einem Rückkommensantrag auf einen bereits gefällten Entscheid. Der Grossteil dieser Beträge in der Abteilung „Kulturelles“ sind gebunden. Der Stadtrat hat diese Beträge zustimmen zur Kenntnis genommen. Sie wurden sogar im Zusammenhang mit den Beiträgen der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) in einer Volksabstimmung angenommen. Auf diese Beträge kann man gar nicht zurückkommen. Auch die drei Anträge der SVP/JSVP gegen die Tanztage, ImproBern und TonArt betreffen unterschriebene Verträge. Das Parlament kann diese nicht auflösen. Der Verein Berner Tanztage hat sich auch nicht aufgelöst. Bei Nichteinhaltung dieser Verträge, könnte im Falle eines Streits, höchstens ein Gericht diese Verträge auflösen. Das Argument, dass Sie bei der Kulturdebatte nicht die ganze Tragweite der städtischen Finanzsituation erfasst haben, weise ich zurück. Die Sparvorschläge waren bekannt. Die Anträge, die eine globale Kürzung fordern, wie auch die Sparmassnahme von rund 3 Millionen Franken, könnte im Falle einer Annahme höchstens bei den Förderkrediten angewendet werden. Das würde bedeuten, dass freie Kulturschaffende auf jegliche Unterstützung verzichten müssten. Freies Kulturschaffen wäre dann in der Stadt Bern nicht mehr möglich. Das wäre nicht nur für die Betroffenen schlimm, sondern auch für die Kulturstadt Bern. Wahrscheinlich wäre auch ein solcher Entscheid juristisch nicht haltbar.

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Ich unterstütze Christof Berger. Die SVP will mit dem Kürzungsantrag von 3 Millionen Franken, die eigentlich eine Erhöhung des Kulturbudgets waren, rückgängig machen. Von gesamt 3 Millionen Franken kommen 2 Millionen Franken den regionalen Kulturverträgen zugute, also den grossen Kulturinstitutionen. Hier kann man keine Kürzungen anbringen. Das ist nicht möglich. Wir könnten bei den Förderkrediten kürzen. Das würde aber grundsätzlich die kleinen Kunst- und Kulturschaffenden und das zeitgenössische Kulturschaffen betreffen. Wir bitten Sie darum, die globale Kürzung und die

einzelnen Streichungsanträge abzulehnen. Mit dem Beitrag der Berner Tanztage, die es in dieser Form nicht mehr gibt, will man ein internationales Tanzfestival ermöglichen. Das gehört zum Gesamtpaket der Tanzförderung. Ausserdem ist vorgesehen, einen neuen Leistungsvertrag abzuschliessen. Mit der vorgeschlagenen Kürzung bei ImproBern und TonArt wurden wahllos einige Angebote herausgepflückt, die offenbar dem Kunstgeschmack der Antragssteller nicht entsprachen. So kann keine Kunstförderung betrieben werden.

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir sollten grundsätzlich über die Frage, was gute Kunst ist, diskutieren. Kunst und Kultur ist gut, wenn sie sich selbst finanzieren kann. Wenn man nicht so gut ist, dass man von seiner Kunst leben kann, muss man nebenbei arbeiten. Dann kann man eben nicht einfach nur auf der faulen Haut liegen, wie dies viele Künstlerinnen und Künstler tun. Deshalb bitte ich Sie unsere Anträge zu unterstützen. Zu Gunsten und zur Förderung der wirklich guten Kunst. Dann werden diejenigen gefördert, die sich wirklich durchsetzen können.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte Sie dringend, diese Anträge abzulehnen, sonst sind Sie sehr inkonsequent. Sie haben dem Kulturkonzept und den entsprechenden Leistungsverträgen zugestimmt. Diese waren teilweise in der Volksabstimmung enthalten. Einige unterlagen dem fakultativen Referendum oder lagen in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat hat das Kulturkonzept am 22. März 2007 zustimmend zur Kenntnis genommen und den Gemeinderat mit dem Vollzug beauftragt! Vom gesamten Kulturbudget sind 29,24 Millionen Franken gebundene Ausgaben. Nur 3,1 Millionen Franken sind noch nicht gebunden. Mit einer Kürzung von 3,1 Millionen Franken streichen Sie alle vorgesehenen Beiträge. Beiträge für kleine Kulturschaffende, die nicht durch Leistungsverträge abgesichert sind. Zum Beispiel im Bereich der Kulturförderung, in der Unterstützung des PROGR oder auch in der Kulturvermittlung. Sie müssen selbst entscheiden, ob Sie denjenigen, die in der Kultur bereits heute eine hohe Leistung erbringen und lausige Löhne beziehen, Beiträge kürzen wollen. Wenn Sie einen Kahlschlag machen wollen, müssen Sie den Betrag von 3,1 Millionen Franken streichen. Dann haben wir noch die Leistungsverträge, denen wir uns nicht entziehen können. Wenn das die Kulturpolitik der Stadt und des Stadtrats ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Beschlüsse

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

1. Antrag 8 wird abgelehnt (25 Ja, 47 Nein).
2. Antrag 9 wird abgelehnt (25 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung).
3. Antrag 10 wird abgelehnt (22 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen).
4. Antrag 11 wird abgelehnt (22 Ja, 47 Nein, 3 Enthaltungen).

Antrag (12) FDP; Nettokosten

S. 132; Stadtplanungsamt (170) **Kürzung Nettokosten** des Stadtplanungsamts von Fr. 4'096'290 um Fr. 100'000 auf Fr. 3'996'290

Thomas Balmer (FDP) für die FDP-Fraktion: Planen heisst vorausschauen und dabei mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben. Bei den Planungen des Stadtplanungsamts vermissen wir dies oft. Ausserdem kann man eine grosse Planungstiefe feststellen, die praxisfremde Lösungen zur Folge hat und oft ein Grund ist, weshalb kein Investor gefunden werden kann. Dann verschwindet die ganze Arbeit in der Schublade. Beispiele dafür sind das Viererfeld, der Masterplan Bahnhof, die Zone in der Planungspflicht Schanzenpost, das Weyermannshaus sowie ein in Auftrag gegebenes Projekt für ein Hochhauskonzept. Wir beantragen eine Kür-

zung von 100'000 Franken. Diese ist verschmerzbar und kann durch eine bessere und effizientere Planung problemlos aufgefangen werden. Wir beantragen die Kürzung der Nettokosten des Stadtplanungsamts um 100'000 Franken auf 3'996'290 Franken.

Urs Frieden (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Wir sind gegen den Antrag der FDP. Das Stadtplanungsamt hat unserer Meinung nach den Sparauftrag gut umgesetzt und sollte nicht noch weiter geschröpft werden. Als Mitglied der zuständigen PVS-Delegation liess ich mich überzeugen, dass bereits jetzt ein Planungsstau droht. Deshalb sollte man nicht noch weitere Stellen und Mittel abbauen. Einen Planungsstau würde sich viele Jahre später in Form eines Realisierungsstaus auswirken.

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Der Antrag der FDP erstaunt mich. Wir haben beim Jahresbericht festgestellt, dass das Planungsamt seine Aufgaben bereits heute fast nicht mehr wahrnehmen kann. Es gibt Planungen, die liegen bleiben. Beispielsweise diverse Vorstösse der FDP zum Thema Wohnen oder zur Wohnumfeldverbesserung. Auch die Planung des Hochwasserschutzes konnte wegen der geringen Kapazität nicht mehr bearbeitet werden. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die FDP in den Siebzigerjahren hängen geblieben ist. Offensichtlich hat sie nicht gemerkt, dass interessante Planungen zu mehr Wirtschaftsförderung führen. Die Leute pilgern in Scharen nach Hamburg, Berlin und London, um sich neue Planungsprojekte oder neue städtebaulichen Umsetzungen anzuschauen. Bei uns ist das leider nicht so, weil wir nicht genug schnell planen und bauen können. Damit betreibt die FDP eigentlich Bauverhinderung. Zum Masterplan Bahnhof: Vor rund 15 Jahren übergab man die Planung Privaten, weil diese angeblich schneller und besser planen können. Vorher war sie im Stadtplanungsamt. Der Scherbenhaufen, an dem wir jetzt jahrelang gearbeitet haben, war eine private Planung. Wir werden den Antrag ablehnen. Ich möchte Sie bitten in Zukunft an eine moderne Städteplanung zu denken.

Ueli Stückelberger (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Es stellt sich die Frage, ob der Antrag der FDP begründet ist oder nicht. Man muss die ganze Situation beurteilen. 100'000 Franken entsprechen 2,5 Prozent des Gesamtbudgets des Stadtplanungsamts. In der heutigen Situation ist dies durchaus verkraftbar. Im Gegensatz zur FDP sehen wir eine Kürzung nicht als Bestrafung. Heute gibt es einfach weniger aktuelle Planungsvorlagen. Heute stehen keine Grossplanungsprojekte mehr an. Das müsste sich auch in den Personalressourcen niederschlagen. Es kommt auch darauf an, welche Prioritäten gesetzt werden. Ich will gar nicht wissen, wie viel Geld man schon für dieses Hochhauskonzept ausgegeben hat. Schliesslich ist es niemandem ein grosses politisches Anliegen. Das hat man seitens der Stadt forciert. Bei der Aufteilung des Stadtplanungsamts und des Verkehrsamts könnte man auch Ressourcen einsparen. Vielleicht führen weniger Mittel dazu, dass man einiges überdenkt und gemeinsam Kosten einsparen könnte.

Markus Kiener (FDP): Das Votum von Urs Frieden kann ich nachvollziehen. Gisela Vollmer liegt völlig daneben. Wenn man behauptet, dass die Planung des Hochwasserschutzes nicht gemacht worden sei, dann hat man wohl in der Kommission das Geschäft verpasst.

Thomas Balmer (FDP): Die FDP will das Bauen nicht verhindern. Wir legen Wert darauf, dass man schlanke und einfache Projekte auflegt. Wir wollen keine unnötige Detailtiefe. Da sind vielleicht unsere politischen Ansichten zu unterschiedlich. Nicht der Staat entscheidet, was der Investor bauen soll. Der Investor bestimmt selbst, wo er investiert und Gewinne oder Verluste erwirtschaftet. Bei den Sitzungen der Bauherrschaft hat es manchmal zwei Aufpasser

des Stadtplanungsamts. Da vergeudet man Zeit, die nicht nötig wäre. Wir bitten die Leute, nicht zu kommen.

Gisela Vollmer (SP): Die Hochwasserplanung war leider noch gar nicht in der Kommission. Es ist das Aare Freiraumkonzept zum Hochwasserschutz.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte Sie, den Antrag der FDP abzulehnen. Damit sich eine Stadt entwickeln kann, muss sie planen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, sei dies im Bereich Wohnen oder im Bereich Arbeiten. Planungen sind eine Grundvoraussetzung. So ist man im nationalen und internationalen Wettbewerb gerüstet, wenn es darum geht, Firmen anzusiedeln oder Steuersubstrate zu gewinnen. Dadurch können wir Nachteile, die wir teilweise durch steuerliche Belastungen im Kanton haben, rechtzeitig wettmachen. Wenn Sie behaupten, dass eine Kürzung keine Probleme verursacht, sollten Sie in Ihren Vorstössen keine Planungen mehr bestellen. Im Budget 2008 hat das Stadtplanungsamt bereits eine Sparvorgabe von 170'000 Franken, die das Stadtplanungsamt erfüllt hat. Es hat nämlich einer der besten Stadtplaner, Herr Albert Huber, der pensioniert wird, nicht mehr ersetzt. Mit einer weiteren Kürzung von 100'000 Franken, streichen Sie eine weitere Stelle. Dies wird einen wachsenden Schaden zur Folge haben. Der Schaden wird nicht messbar sein, weil unfertige Planungen nicht vor Volk kommen. Die Planungen werden verzögert. Schlussendlich befindet man sich in einem Standortwettkampf mit anderen Städten. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, keine weitere Stelle zu streichen. Albert Huber kann nicht ersetzt werden und die Streichung einer zweiten Stelle wäre ein massiver Eingriff. Bereits heute gibt es Planungen, die im Rückstand sind. Das Räumliche Stadtentwicklungskonzept (STEK 95) müsste beispielsweise dringend überarbeitet werden. Es ist falsch, wenn man sagt, dass das Hochhauskonzept niemand wollte. Auf der ganzen Welt überlegt und plant man Zukunftsmodelle für Wohnformen. Und Sie sagen, mitdenken sei ein Luxus, der nicht nötig ist. Da fehlt mir jede Vision. Die Streichung einer weiteren Planerstelle würde sich mittel- und langfristig zu Ungunsten des Standorts Bern auswirken.

Beschlüsse

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

1. Antrag 12 wird abgelehnt (35 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltung).
2. Das bereinigte Budget der Präsidioldirektion wird angenommen (45 Ja, 27 Nein).

Detailberatung Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Antrag (43) PVS-Delegation Jordi; Übergeordnete Ziele

S. 400 / 417; Tiefbauamt (510), Stadtbeleuchtung (510500) **Übergeordnetes Ziel** ergänzen mit: „Die Beleuchtung (Intensität, Beleuchtungsquellen) muss energieeffizient sein, unter der Wahrung von Sicherheitsaspekten.“

Antrag (44) SP/JUSO und Jenni; Nettokosten

S. 419 / 421 / 425; Stadtgärtnerei (520), Grünflächenpflege (PG520200) od. Grünraumgestaltung (PG520100) **Erhöhung Nettokosten** von Fr. 13'913'254 um Fr. 50'000.- auf Fr. 13'963'254 (*keine Schliessung Parkanlage Jolimont*)

Antrag (45) SP/JUSO und Jenni; Nettokosten

S. 419 / 421 / 425; Stadtgärtnerei (520), Grünflächenpflege (PG520200) od. Grünraumgestaltung (PG520100) **Erhöhung Nettokosten** von Fr. 13'913'254 um Fr. 30'000.- auf Fr. 13'943'254 (*keine Schliessung, keine Umnutzung der Parkanlage Schwarztorstrasse*)

Antrag (46) SP/JUSO und Jenni; Nettokosten

S. 419 / 421 / 425; Stadtgärtnerei (520), Grünflächenpflege (PG520200) od. Grünraumgestaltung (PG520100) **Erhöhung Nettokosten** von Fr. 13'913'254 um Fr. 50'000.- auf Fr. 13'963'254

(keine Teilschliessung, keine Umnutzung, keine Pflegestandsenkungen, keine Aufhebung des Spielplatzes im Kocherpark)

Antrag (47) SP/JUSO und Jenni; Nettokosten

S. 419 / 421 / 425; Stadtgärtnerei (520), Grünflächenpflege (PG520200) od. Grünraumgestaltung (PG520100) **Erhöhung Nettokosten** von Fr. 13'913'254 um Fr. 10'000.- auf Fr. 13'923'254 *(keine Schliessung des Spielplatzes, keine Standardsenkung von Jupiterpark/Florapark)*

Antrag (48) SP/JUSO und Jenni; Nettokosten

S. 419 / 421 / 425; Stadtgärtnerei (520), Grünflächenpflege (PG520200) od. Grünraumgestaltung (PG520100) **Erhöhung Nettokosten** von Fr. 13'913'254 um Fr. 50'000.- auf Fr. 13'963'254 *(keine Reduktion der Sitzbänke um 20%)*

Antrag (49) Jenni; Nettokosten

S. 419 / 431; Stadtgärtnerei (520), Grünkultur (520300)
Erhöhung Nettokosten von Fr. 13'913'254 um Fr. 125'000 auf Fr. 14'038'254
(Keine Standardsenkung)

PVS-Sprecher *Markus Kiener* (FDP): Wir haben das Budget in verschiedenen Delegationen angeschaut. Gesamthaft gibt es in der Direktion TVS Nettokosten von 92'905'991.36 Franken. Im Gegensatz zum Budget 2007 haben die Kosten um rund 9 Millionen Franken zugenommen. Die Umsetzung des neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene im Bereich des öffentlichen Verkehrs hat zu einer Kostenumwälzung auf Gemeinden und auf die Stadt Bern von zusätzlichen 6,5 Millionen Franken geführt. Dagegen konnten wir uns nicht wehren. Aufgrund der grossen Investitionstätigkeiten gibt es Kapitalfolgekosten. Spätestens ab dem Jahre 2009 muss man die Unterhaltskosten berücksichtigen. Eine Delegation hat das Gebührenreglement der Friedhöfe angeschaut. Die Bestattungsämter haben uns ausführlich Bericht erstattet. Es ist unsere Aufgabe, diese Kosten zu überprüfen. Die vorliegenden Anträge lagen der Kommission nicht vor. Wir stellen keine. Innerhalb der Sachkommission haben wir ein sehr gutes Einvernehmen. Wir diskutieren sachlich über die Geschäfte. Es würde auch bei der Budgetdebatte dem einen oder andern gut tun, die eigenen Interessen in den Hintergrund zu stellen und die Diskussion auf einer sachlichen Ebene zu führen. Ich danke auch Gemeinderätin *Regula Rytz* für die Beantwortung der Fragen. Wir haben zur Behandlung der verschiedenen Geschäfte zwei Subkommissionen eingesetzt, die wir noch bis Jahresende so belassen. Dadurch können wir Ihnen die Geschäfte gut vorstellen. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat mit 8 Ja und 2 Nein Stimmen das Budget zu genehmigen.

Beschluss

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

Antrag 43 ist unbestritten und wird stillschweigend genehmigt.

Patrizia Mordini (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die grüne Lunge der Stadt Bern besteht nicht nur aus dem Rosengarten, dem Eichholz oder dem Bremgartenwald. Sie besteht auch aus grösseren und kleineren Grünflächen in den Quartieren und in der Innenstadt. Wir setzen uns für Kinder und Jugendliche aber auch für die Lebensqualität in der Stadt Bern ein. Die Park-

anlagen, Spielplätze und Sitzbänke tragen dazu bei, dass Bern über Grünflächen und Erholungsräume verfügt. Diese führen zum Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner und der Arbeitenden. Aus diesen Gründen sind wir gegen die Kürzungen. Die Spielplätze und Parks sollen weder umgenutzt noch geschossen werden. Ich werde gesamthaft zu unseren Anträgen sprechen. Wir sind gegen eine Schliessung des Jolimontparks. Diese Anlage besteht aus einem kleinen Quartiersspielplatz und einer grösseren Grünanlage zwischen der Kasthoferstrasse und dem Moritzweg. Die betreffende Parzelle befindet sich im Eigentum der Personalvorsorgekasse (PVK). Die Argumentation, dass die Stadt aus diesem Grund diese Grünfläche nicht mehr unterhalten muss und sie deshalb schliessen will, greift zu kurz. Die Grünanlage soll weiterhin bestehen, weil sie allen Quartiersbewohnern dient. Wir halten den Gemeinderat dazu an, auf die Eigentümerin der Parzelle zuzugehen, um eine eventuelle Abgeltung zu erwirken. Zur Parkanlage Schwarztorstrasse: Wir sind gegen eine Umnutzung in eine Parkplatzfläche. Unter diesem Park gibt es eine Einstellhalle. Als diese gebaut wurde, hob man die Parkplätze an der Oberfläche auf. Dann hat man sie in eine Grünanlage umgenutzt. Es ist paradox zum alten Zustand zurückzukehren. Diese Grünfläche wird rege genutzt. Seit einiger Zeit gibt es dort auch die Kaufmännische Berufsschule. Es wurde oft gesagt, dass diese Fläche klein sei und nicht viel genutzt werde. Was heisst nutzen? Auch wenn ich nicht täglich in den Park gehe, nutze ich die Grünfläche doch. Sie erfreut mein Auge und mein Wohlbefinden. Eine Grünfläche ist auch ein Freiraum im Häusermeer. Ein Erhalt ist auch aus stadt-ökologischen Gründen wichtig. Zum Kocherpark: Wir wollen den zentrumsnahen Park weiterhin in seinem heutigen Zustand erhalten. Wir wollen ihn weder teilschliessen noch umnutzen. Wir wollen den Spielplatz erhalten. Der Pflegestandard soll nicht verändert werden. Der Park hat in letzter Zeit massive Aufwertungen erfahren. Es wurden Mittel investiert. Ausserdem wurde er durch einen Teil der Kochervilla ergänzt. In der Kommission PVS gab es bei diesem Antrag das Stimmenverhältnis 4 : 5 bei 1 Enthaltung. Zum Jupiterpark/Florapark: Diese Grünfläche wird nicht nur von den BFF-Schüler/innen und in den Mittagspausen genutzt, sondern auch von den Quartierbewohner/innen. Auch hier soll man weder den Spielplatz schliessen, noch den Pflegestandard senken. In der Kommission PVS gab es zu diesem Antrag das Stimmverhältnis 5 : 5. Per Stichentscheid erfolgte die knappe Ablehnung. Wir sind auch gegen eine Sitzbankreduktion um 20 Prozent. Meine Nachfragen ergaben, dass man die kaputten Sitzbänke nicht mehr ersetzen würde. Die Bänke im Stadtzentrum werden davon ausgenommen, weil sie auch dem Tourismus dienen. Es wären aber beispielsweise Bänke bei einem Waldweg am Stadtrand betroffen, wo viele ältere Leute spazieren. Wir lehnen Antrag 49 von Daniele Jenni ab. Wir bitten Sie unseren Anträgen zuzustimmen.

Daniele Jenni (GPB): Ich bin froh, dass sich die SP/JUSO im Fall der einzelnen Pärke und Sitzbänken meinen Anträgen angeschlossen hat. Leider habe ich beim Antrag gegen die Standardsenkung der Stadtgärtnerei keine Gefolgschaft. Das ist ein wenig seltsam, vor allem wenn man in einzelnen Fällen der Meinung ist, dass solche Feindschaften gegenüber Grünplanungen daneben sind. Dann sollte man eigentlich auch in der Lage sein, generelle Reduktionen bei der Grünflächenpflege abzulehnen. Patrizia Mordini hat zu den Parkanlagen Jolimont, Kocherpark und Jupiterpark/Florapark das Nötige gesagt. Bereits beim Eintreten habe ich dargelegt, dass sich das Budget offensichtlich durch Sparmassnahmen, unter anderem bei Grünflächen, auszeichnet. Das ist der Spiegel der gemeinderätlichen Politik. Er will tendenziell Grünflächen überbauen. Ich erinnere an das Viererfeld oder an die Absichten bei der Mutachstrasse. Zur Parkanlage Schwarztorstrasse: Diese Parkanlage hat eine Geschichte. In der Zeit des Stadtpräsidenten Werner Bircher wurde unter dieser Parkanlage eine Einstellhalle für die Hasler gebaut. Die Hasler ist nun verschwunden und die unterirdische Einstellhalle ist immer noch da. Da alten Bäume diesem Vorhaben weichen mussten, wurden neue gepflanzt. Die Schwarztoranlage wird rege genutzt. Sie ist in dieser Gegend eine grüne Oase.

Die Absicht, diese aufzuheben und in unter- und oberirdische Parkplätze umzuwandeln, schadet nicht nur dem Park. So wird auch der Verkehr gesteigert. Dies widerspricht vollständig der propagierten Politik. Ich bekämpfe auch die Reduktion der Sitzbänke um 20 Prozent. Auch hier sehe ich eine Spiegelung der gemeinderätlichen Politik. Je weniger Sitzgelegenheiten es gibt, desto weniger sitzen auch die falschen Leute darauf. Die falschen Leute sind diejenigen, die man weder in den Quartieren noch in der Innenstadt gerne sieht. Patrizia Mordini hat gesagt, dass es eher Sitzplätze am Stadtrand betreffe. Dem traue ich nicht. Es besteht auch die Versuchung, gewisse Sitzgelegenheiten in der Innenstadt zu reduzieren. Aufgrund dieser Überlegung sollte man die Anzahl der Sitzbänke nicht reduzieren. Ich komme zu Antrag 49, der aus meiner Sicht auch zu diesen Anträgen gehört. Bei einer generellen Standardsenkung der Grünkultur spart man am falschen Ort. Der Erhalt der städtischen Grünkultur ist sehr wichtig. Durch schlechte Pflege und Unterhalt werden Grünflächen uninteressant. So schafft man Voraussetzungen, um Überbauungen von Grünflächen zu rechtfertigen. Dagegen muss man sich wehren und das ist eine Frage des Prinzips. Darum bin ich auch der Meinung, dass es auch andern RGM-Parteien gut anstehen würde, dieses Anliegen zu unterstützen.

Urs Frieden (GB): Wir unterstützen grundsätzlich die Pflege und den Unterhalt der Grünflächen und Parkanlagen. In diesem Falle gewichten wir den Sparauftrag höher. Deshalb werden wir uns bei den sechs Anträgen mehrheitlich der Stimme enthalten. Einzeln werden wir sogar Nein stimmen, insbesondere bei der Parkanlage Jolimont, die zu einer privaten Wohnbausiedlung gehört. Antrag 49 lehnen wir ab. Man kann beispielsweise Blumenbeete, die einen ausgeprägten Unterhalt erfordern, durch eine Wiese ersetzen. Das eine oder andere könnte man sich auch sponsern lassen. Parkbänke werden zum Beispiel in vielen Gemeinden gesponsert.

Erik Mozsa (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Die Anträge 44–47 lehnen wir ab. Parkanlagen sind Teil der Stadt und erfüllen eine wichtige Funktion. Es gibt in der Stadt einige grüne Lungen. Deshalb lehnen wir die Anträge der SP/JUSO und Jenni ab. Der Leistungsabbau bedeutet aus unserer Sicht nicht unbedingt die Schliessung oder die Schaffung zusätzlicher Parkplätze. Diese würden ja auch wieder Kosten verursachen. Es geht darum, dass diese Anlagen bereits heute grosszügig gepflegt sind. Einige werden kaum genutzt. Deshalb kann man diese Anträge ablehnen.

TVS-Sprecher *Markus Kiener* (FDP): Patrizia Mordini hat Abstimmungsergebnisse einer Kommission vorgetragen. Wir haben zwei Abstimmungen durchgeführt. Das erste, das Sie genannt haben, wurde mit einem Ordnungsantrag von Ihrer Seite aufgehoben. Deshalb wurde dieses Budget mit 8 : 2 Stimmen angenommen. Darin sind Kürzungen enthalten, die Gemeinderätin Regula Rytz vorgeschlagen hat. Wenn Sie diesen Anträgen folgen, bedeutet dies eine Mehrausgabe von rund 190'000 Franken. Ich bitte Sie diese Anträge abzulehnen. Ich weiss nicht, ob die kleine Grünzone bei der Schwarztorstrasse, anliegend an die Hauptstrasse und die UBS, wirklich sinnvoll ist. Die UBS könnte diese vielleicht auch finanzieren. Ich glaube, dass vor allem ihre Angestellten diese Grünflächen nutzen. Es gibt bei der Eymatt auch eine Sitzbank, die rege genutzt wird. Wir wissen nicht von wem. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf diese Bank verzichten können. Ansonsten würden wir Kleintierzüchter diese Bank auch selbst finanzieren. Das heisst Idealismus und Interesse ohne Belastung der Stadtfinanzen.

Regula Rytz Direktorin TVS: Unsere Aufgaben werden von der Bevölkerung ausserordentlich geschätzt. Quartierkommissionen haben uns bereits in Briefen ihre Sorge über die Abwertungen der Grünanlagen mitgeteilt. Der Gemeinderat hat sich für ein Sparpaket entschieden, das auch umgesetzt werden muss. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen. Es ist vertretbar, in

gewissen Grünanlagen Standards zu senken oder die Mitfinanzierung durch Private zu prüfen. Das ist vielleicht möglich. Markus Kiener hat sich ja auch zu einer Mitfinanzierung bereit erklärt. Ich bin überzeugt, dass es noch andere Idealisten gibt. Etwas Grundsätzliches zum Thema sparen: Die Kommission PVS hat sich seriös mit dem Budget auseinandergesetzt. Markus Kiener hat auch die Elemente aufgezeigt, die unsere Stadtfinanzen beeinflussten und durcheinander gebracht haben. Vor einem Jahr wussten wir noch nicht, dass uns der Kanton im öffentlichen Verkehr rund 6 Millionen Franken Mehrausgaben bescheren wird. Er hat die Punkterhöhung des öffentlichen Verkehrs, die eigentlich erst 2008 mit dem NFA kommen sollte, mit Kompensationen in andern Bereichen, vorgezogen. Das heisst, dass wir plötzlich 6 Millionen Franken Mehrausgaben zu bewältigen haben. Das hat nichts damit zu tun, ob eine Direktion besonders sparsam ist oder nicht. Das sind die Rahmenbedingungen. Es gibt Aufgaben, die die Stadt Bern gemeinsam mit Kanton, Bund und den Regionen erfüllen muss. Teilweise sind dies Systeme, auf die wir keinen Einfluss haben. Das sind gebundene Ausgaben. Mit einer schwarz-weissen Finanzpolitik kommt man nicht weit. Die Komplexität des Föderalismus muss berücksichtigt und genau angeschaut werden. Sonst schwächen wir uns selbst. Wir müssen gemeinsam mit dem Bund, dem Kanton und den Gemeinden die bestmögliche Lösung suchen und finden.

Beschlüsse

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, vergleiche Anhang

1. Antrag 44 wird abgelehnt (25 Ja, 47 Nein).
2. Antrag 45 wird abgelehnt (27 Ja, 38 Nein, 7 Enthaltungen).
3. Antrag 46 wird abgelehnt (30 Ja, 36 Nein, 6 Enthaltungen).
4. Antrag 47 wird abgelehnt (30 Ja, 37 Nein, 5 Enthaltungen).
5. Antrag 48 wird abgelehnt (28 Ja, 37 Nein, 6 Enthaltungen).
6. Antrag 49 wird abgelehnt (4 Ja, 61 Nein, 7 Enthaltungen).
7. Das bereinigte Budget der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS) wird angenommen (53 Ja, 11 Nein, 8 Enthaltungen).

- Die Behandlung des Traktandums 2 – Produktgruppen-Budget 2008 – wird an der Sitzung vom 20. September 2007 fortgesetzt. Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 3 bis 13 auf die Sitzung vom 20. September 2007. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Interpellation, drei Motionen, drei Postulate, drei Interpellationen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!/Franziska Schnyder, GB): Friedlicher Protest gegen SVP-Grosskundgebung muss bewilligt werden!

Zwei Wochen vor den Wahlen, am 6. Oktober 2007, will die SVP in der Berner Altstadt für „ihre Schweiz“ eintreten. Ein Marsch von 10'000 ParteianhängerInnen soll vom Bärengraben bis zum Bundesplatz ziehen; dies als Höhepunkt eines Wahlkampfes, der mit fremdenfeindlichen Plakatkampagnen, einem Personenkult, der an totalitäre Systeme erinnert (Aussage Bundesrat Pascal Couchepin, FDP) und mit Angriffen auf demokratische Grundprinzipien wie der Gewaltentrennung geführt wird.

In der Zwischenzeit hat sich eine Protestbewegung gegen den Wahlkampf-Aufmarsch von SVP-AnhängerInnen gebildet. Es geht darum, gegen die totalitären Vorstellungen gewisser Parteifunktionäre einen Kontrapunkt zu setzen.

Die Veranstaltung „ganz FEST GEGEN RASSISMUS“ soll ein breit abgestützter friedlicher Event für Solidarität, Demokratie und Grundrechte sein.

Gegenüber den Organisatorinnen von „ganz FEST GEGEN RASSISMUS“ hat sich die Stadtpolizei mündlich gegen die Erteilung einer Kundgebungsbewilligung ausgesprochen. Sie begründet dies mit der Überlastung der Berner Innenstadt am 6. Oktober. Nach dieser Auskunft wurde der Gemeinderat von den Organisatorinnen der Veranstaltung um eine Entscheidung gebeten: Dieser hat in seiner Sitzung vom Mittwoch, 12. September jedoch keinen Entscheid gefällt.

Die Junge Alternative JA! und das Grüne Bündnis ist der Meinung, dass eine allfällige Ablehnung des Kundgebungsgesuchs durch die Stadtpolizei und der Nichtentscheid des Gemeinderates äusserst unklug sind. Anlässlich der geplanten SVP-Kundgebung wird ohnehin mit Protestaktionen aus verschiedenen Kreisen gerechnet werden müssen. Es sollte im Interesse der Stadt Bern liegen, dass dieser Protest in planbarem Rahmen ablaufen kann. Die Erfahrung zeigt, dass eine geregelte, abgesprochene Veranstaltung die sicherste Lösung für alle Beteiligten ist.

Deshalb fordert die Fraktion GB/JA! den Gemeinderat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer Veranstaltung, an welcher Fremdenfeindlichkeit und die Verhöhnung von Personen und staatlichen Strukturen gefördert werden?
2. Warum hat der Gemeinderat am Mittwoch, 12. September nicht über die Bewilligung der Veranstaltung „ganz FEST GEGEN RASSISMUS“ befunden?
3. Warum hat die Stadtpolizei die Bestrebungen für eine friedliche, gebündelte und platzgebundene Gegenveranstaltung zur SVP-Grosskundgebung abgelehnt?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat am 6. Oktober die Sicherheit in der Berner Innenstadt zu gewährleisten?

Begründung der Dringlichkeit:

Die SVP-Grosskundgebung findet am 6. Oktober statt. Mit Protestaktionen am selben Tag muss so oder so gerechnet werden. Um diese möglichst friedlich und gebündelt durchgeführt werden können, muss der Gemeinderat so rasch wie möglich zu den Fragen Stellung nehmen.

Bern, 13. September 2007

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!/Franziska Schnyder, GB), Christine Michel, Karin Gasser, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Stéphanie Penher, Natalie Imboden, Rolf Zbinden, Daniele Jenni

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Anreize für Mitarbeitende der Stadtverwaltung bei Wohnsitz in der Stadt Bern

Obwohl es nicht (mehr) zulässig ist, Mitarbeitende einer kommunalen Verwaltungseinheit zur entsprechenden Wohnsitznahme zu verpflichten, erachtet es unsere Fraktion für sämtliche Mitarbeitende der Stadtverwaltung, die in Bern ihren Wohnsitz haben, als sinnvoll und wünschenswert Anreize zu schaffen, damit diese weiterhin in der Stadt Bern bleiben. Zudem soll damit auch solchen Mitarbeitenden, die nicht in Bern wohnen, eine Wohnsitznahme in Bern schmackhaft gemacht werden.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn Mitarbeitende (und nicht nur das Kader) einer Gemeinde auch dort wohnen. Sie sind nicht nur besser vertraut mit den lokalen Gegebenheiten, sondern fühlen sich oft auch mehr verbunden mit ihrem Arbeitgeber, da dieser gleichzeitig ihre Gemeinde darstellt.

Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat einen Vorschlag zu unterbreiten, in welcher Form städtischen Mitarbeitenden mit Wohnsitz in der Stadt gewisse Erleichterungen bzw. Anreize (z.B. bei der Benutzung des öV, Eintritte für Veranstaltungen, Museen, Lohn) zu gewähren sind.

Bern, 13. September 2007

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Ueli Jaisli, Beat Schori, Ernst Stauffer, Dieter Beyeler, Beat Gubser, Edith Leibundgut, Simon Glauser, Manfred Blaser, Stefan Bärtschi, Rudolf Friedli, Erich J. Hess

Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP): Jedes Kind soll schwimmen lernen

Ertrinken ist die zweithäufigste Unfalltodesursache bei Kindern. Nach Unfällen im Wasser leiden auch gerettete Kinder oft ein Leben lang unter den Folgen der Badeunfälle. Bademeister, Lebensretter und Schwimmverbände stellen fest, dass bei Kindern und Jugendlichen die Schwimmfähigkeit stark abnimmt. Der Dachverband swimsports.ch hat vor zwei Jahren die kantonalen Erziehungsdirektionen über die Qualität des Schulschwimmens befragt. Ernüchternde Bilanz: Rund 30 Prozent der Kinder erhalten in der Schule keinen Schwimmunterricht. – viele Kinder und vor allem auch Jugendliche sind des Schwimmens unkundig. Die traurige Bilanz dieses Zustandes ist häufig den Medienberichten von sonnigen Wochenenden zu entnehmen. Vielfach wird auf diesen Missstand aufmerksam gemacht: So berichtete die NZZ bereits am 3. Juli 2005 über Kritik der Bademeister an den mangelnden Schwimmkenntnissen vieler Kinder und Jugendlicher. Swimsports.ch gelangte zweimal an die Kantone, so beispielsweise 2006 mit dem Ziel, die Verantwortlichen auf die gefährliche Situation aufmerksam zu machen. Schliesslich lancierte die schweizerische Lebensrettungsgesellschaft dieses Jahr eine Petition „Schulschwimmen für alle“. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition „sind äusserst besorgt, weil immer weniger Kinder Schwimmunterricht erhalten“.

Tendenziell dürfte die geschilderte Situation auch für die Stadt Bern zutreffen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, das Reglement über das Schulwesen (Schulreglement SR 403.101) derart zu ergänzen, dass garantiert ist, dass jedes Stadtberner Schulkind in der Primarschule genügend Schwimmunterricht erhält.

Zudem wird der Gemeinderat gebeten, sich beim Kanton dafür einzusetzen, dass einerseits die kantonalen Lehrpläne entsprechend angepasst werden und andererseits die Lehrerinnen und Lehrer in der Grundausbildung entsprechend ausgebildet werden.

Bern, 13. September 2007

Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP), Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Christof Berger, Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Beni Hirt, Andreas Flückiger, Stefan Jordi, Corinne Mathieu, Giovanna Battagliero, Beat Zobrist, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Miriam Schwarz, Thomas Götting, Michael Aebersold

Motion Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi, SP): Sicherheit für Fuss- und Veloverkehr an der Bolligenstrasse!

Die Bolligenstrasse weist schon heute zwischen Mingerstrasse und Schwermenweg keine Gestaltung auf, welche den Anforderungen an ein sicheres Nebeneinander von Velo-, Fuss- und motorisiertem Verkehr Rechnung trägt. Sie ist nur 6,5m breit, bei Gegenverkehr können Velos gar nicht überholt werden. Die Strasse weist insbesondere bei Ausstellungen auf dem BEA-Gelände und Anlässen im Perimeter sehr hohe Belastungen durch Besuchende und Anlieferverkehr aus. Zusätzlich dient sie als Zubringer für die zahlreichen Betriebe des Zent-Areals. Dem Veloverkehr dient sie zur Erschliessung des Burgfelds und als Verbindung nach Bolligen und Ostermundigen, aber auch als kantonale Veloroute. Aus diesem Grund ist die Achse im Netzplan des Richtplans „Vetoverkehr“ der Stadt auch als Hauptroute verzeichnet.

Obwohl schon aus heutiger Sicht akuter Handlungsbedarf besteht, wird die Verkehrsbelastung mit einem allfälligen Umbau des Wankdorfplatzes, der Neuordnung der Autobahnanschlüsse und dem vorgesehenen Betriebskonzept massiv steigen (geschätzt werden 9'600 bis 15'600 DTV [durchschnittlicher Tagesverkehr]). Die schmale Bolligenstrasse soll zum Autobahnzubringer umfunktioniert werden und der Schwerverkehr würde stark zunehmen. Würde die Wankdorfkreuzung umgebaut, würde sich die Situation in Zukunft massiv zuspitzen.

Mit der nicht veränderbaren Fahrbahnbreite von 6,5m sind Begegnungsfälle von drei Fahrzeugen (Überholen von Velos bei Gegenverkehr) ausgeschlossen.

Im Gespräch sind folgende Optionen:

- stadteinwärts das bestehende Trottoir in einen Radweg umzuwandeln (Ersatz des Fussgängerweges via Kleine Allmend bzw. hinter den Alleegebäuden). Dies reduziert nur die Häufigkeit solcher Begegnungsfälle, löst aber das Problem der ungenügenden Strassendimension nicht. Denn das heutige Trottoir kann wegen der Wurzelgefährdung der Bäume nicht zur Fahrbahn geschlagen werden. Bei Anlässen wird dieser „Radweg“ trotz Alternativangebot von Fussgängern als Trottoir genutzt werden.
- stadtauswärts auf der bestehenden Fahrbahnbreite einen Velostreifen zu markieren. Bei 1,3m Radstreifenbreite blieben für beide Richtungen der übrigen Fahrbahn nur noch 5,2m. Die Mittelmarkierung müsste entfernt werden. Dies käme einer „halben“ so genannten Kernfahrbahn gleich, bei der kreuzende Fahrzeuge oft den Radstreifen beanspruchen müssen. Auf Strassen mit hohen Frequenzen sind Kernfahrbahnen aber untauglich.

Die beiden beschriebenen Optionen zeigen auf, dass das Problem nicht innerhalb der gegebenen Alleebreite lösbar ist. Das Beispiel Engestrasse, zwischen Innerer und Äusserer Enge, ist eine gangbare Lösung: Die Strasse weist die gleiche Breite auf, aber es gibt in beide Richtungen abgetrennte Fuss- und Radwege ausserhalb der Allee.

Aus den oben genannten Gründen kann die Lösung wohl nur darin bestehen, einen separaten Fuss- und Veloweg zwischen Allee und Autobahn und/oder der Allee und Seite Kleine Allmend zu schaffen.

Die für den Langsamverkehr miserable Lösung an der Bolligenstrasse wird durch den vom Kanton forcierten Umbau eines neuen Wankdorfplatzes weiter massiv verschlechtert. Die stadteigene Bolligenstrasse wird in das Projekt des Kantons miteinbezogen. Es werden beträchtliche Mittel in den motorisierten Verkehr investiert – für den Langsamverkehr werden hingegen nur minimale Investitionen getätigt. Zur Zeit sieht es so aus, dass sich der Kanton finanziell aus der Verantwortung stiehlt und nicht Willens ist, dringend nötige Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr finanziell mit zu tragen, falls das Projekt neue Wankdorfkreuzung realisiert würde.

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton ein für den Langsamverkehr verträgliches Projekt für den fraglichen Abschnitt auf der Bolligenstrasse vorzulegen.

Bern, 13. September 2007

Motion Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi, SP), Beat Zobrist, Beni Hirt, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Annette Lehmann, Christof Berger, Andreas Flückiger

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Franziska Schnyder, GB/Ueli Stückelberger, GFL): Das Parlament in die Finanzplanung einbeziehen (IAFP-Postulat)

Der Stadtrat nimmt vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP lediglich Kenntnis (Art. 56 Abs. 2 i. V. m. Art. 95 Abs. 3 GO). Er hat keine Möglichkeit, auf das wichtigste Planungsinstrument der Stadt Einfluss zu nehmen. Dies führt dazu, dass der Gemeinderat aus dem IAFP einen Wunschkatalog macht, ihn aber nicht wirklich als Instrument der Aufgaben- und Finanzplanung benutzt.

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, welche Instrumente es gäbe, damit der Stadtrat besser auf die Aufgaben- und Finanzplanung einwirken kann. Dabei hat der Gemeinderat insbesondere zu prüfen, ob die Planungserklärung, wie sie dem Grossen Rat zur Verfügung steht (Art. 59 ff. des Grossratsgesetzes), auch im Stadtrat eingeführt werden könnte.

Bern, 13. September 2007

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Franziska Schnyder, GB/Ueli Stückelberger, GFL), Christine Michel, Lea Bill, Stéphanie Penher, Karin Gasser, Natalie Imboden, Hasim Sancar, Anne Wegmüller, Gabriela Bader Rohner, Erik Mozsa, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Anna Magdalena Linder, Conradin Konzetti, Peter Künzler

Postulat GFL/EVP-Fraktion (Anna Linder/ Nadia Omar, GFL): Ausbau der Aufgabenhilfe der Stadt Bern

Im hiesigen Schulsystem ist die Erledigung der Hausaufgaben ein wichtiger Faktor des Schulerfolgs. Bei der Besorgung der Aufgaben sind die Unterstützung und die Begleitung durch die Eltern oder eine andere Person ausschlaggebend. Kinder die aus verschiedenen Gründen zu Hause diese Unterstützung bei den Hausaufgaben nicht erleben, sind deswegen sehr oft im Nachteil und ihr Schulerfolg geschmälert. In der Stadt Bern besteht deswegen ein flächendeckendes Angebot der Aufgabenhilfe. Seit 2001 koordiniert der unter Leistungsvertrag stehende gemeinnützige Verein der Stadt Bern diese Aufgabenhilfe. Auch wenn diese einstündige

Aufgabenhilfe pro Woche sicherlich einem Minimum entspricht, ist sie doch für viele Kinder eine grosse Unterstützung.

Die Rückmeldungen der Lehrerschaft, der Schülerinnen und Schüler, Eltern und der Aufgabenhelferinnen und Helfern sind gut.

Die Zuweisung der Schülerinnen und Schüler zur Aufgabenhilfe erfolgt durch die Lehrpersonen im Einvernehmen mit den Eltern, die Fr 3.00 pro Lektion bezahlen. Im Jahr 2006 besuchten 560 Kinder dieses ergänzende Angebot. Gearbeitet wird einmal wöchentlich in übersichtlichen Kleingruppen von 2 bis 4 Kindern.

In jüngster Zeit zeichnet sich eine gesteigerte Nachfrage ab, wobei die Aufgabenhilfe der Stadt Bern heute wegen der fixen Subventionssumme ausgelastet ist.

Seit 2005 werden in Bern angehende Lehrerinnen und Lehrer an der Pädagogischen Hochschule (PH Bern) ausgebildet.

Im Modul Berufspraktische Studien lernen die Studierenden theoretisches Wissen in die Praxis umsetzen. Bereits ab dem zweiten Semester haben die Studierenden gute Kenntnisse in allgemeiner Didaktik und haben verschiedene Praktika absolviert.

Für angehende Lehrpersonen ist es wichtig bereits während der Ausbildungszeit möglichst viele Erfahrungen zu sammeln.

Um dem Engpass bei der erhöhten Nachfrage entgegenzusteuern, ist eine spezielle Zusammenarbeit mit der PH anzustreben, deren Einbindung in die Aufgabenhilfe den Studierenden ermöglichen würde, schulische Inhalte in einem realitätsnahen und individuellen Rahmen mit Schülerinnen und Schülern zu erarbeiten.

Einerseits ist es sinnvoll die bereits vorhandene Fachkompetenz der Studentinnen und Studenten einzusetzen. Andererseits kämen diese ungenutzten Ressourcen der Aufgabenhilfe zu Gute. Hiervon können im Endeffekt beide Seiten profitieren. Im Vorfeld konnte bereits auf beiden Seiten Interesse an der Zusammenarbeit festgestellt werden.

Aus diesen Gründen fordern wir den Gemeinderat auf mit der zuständigen Person des Gemeinnützigen Vereins der Stadt Bern und den Verantwortlichen der Berufspraktischen Studien der Pädagogischen Hochschule Kontakt aufzunehmen um gemeinsam eine Zusammenarbeit aufzubauen. Diese könnte beinhalten:

1. Zusammenarbeitskonzept erarbeiten
2. Mit allen Beteiligten ein einfaches Entlohnungssystem auszuarbeiten (z.B. Fr. 10.00 pro Stunde), welches die Stadtkasse nicht weiter gross belastet
3. Dem Stadtrat ein Jahr nach Einführung der Zusammenarbeit eine Berichterstattung vorzulegen
4. Und all dies unter Berücksichtigung, dass die weitere Koordination der Aufgabenhilfe auch zukünftig beim Gemeinnützigen Verein liegt.

Bern, 13. September 2007

Postulat Fraktion GFL/EVP (Anna Magdalena Linder/Nadia Omar, GFL), Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Ueli Stückelberger, Conradin Konzetti, Peter Künzler, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner

Postulat Rolf Zbinden (PdA): Mobilitätslegi: Freie Fahrt auf Bernmobil für Armutsbetroffene

Seit 1990 hat sich in der Schweiz eine neue Schicht von Armen herausgebildet, welche sich zusehends verbreitert. Von der Armut überdurchschnittlich betroffen sind Kinder. Wer einmal von dieser Armut betroffen ist, hat es schwer, wieder heraus zu finden. Ebenso haben Kinder aus Armutsverhältnissen von vorneherein schlechtere schulische und berufliche Perspektiven. Sie sind auch in ihrem Freizeitverhalten massiv eingeschränkt.

Die hohen Preise für Fahrten mit Bus und Tram führen bei vielen Armutsbetroffenen zu fremdbestimmtem Verhalten in der Mobilität: Sie schränken ihre Mobilität auf das unvermeidliche Minimum ein.

Einschränkung der Mobilität heisst Einschränkung der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, heisst Verzicht auf Teilnahme an kulturellen, politischen, sportlichen und andern Anlässen, heisst Unterbindung von persönlichen Kontakten. Die Abkapselung verschlechtert so indirekt in erheblicher Weise die Chancen für einen Ausbruch aus der Armutsbetroffenheit.

Mobilitätsverlust und Ausgrenzung führen zu erheblichen Folgekosten für die Stadt. Dagegen kommt ein stärkerer Einbezug der Armutsbetroffenen in das gesellschaftliche Leben allen Beteiligten zugute: Den Betroffenen, weil sich die Chancen auf eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation erhöhen, der Stadt, weil Fürsorgeleistungen punktuell überflüssig werden.

„Schwarzfahren ist unfair“, lautet die altbekannte Ermahnung auf Bus- und Tramtüren. Unfair ist aber vor allem, von Armutsbetroffenen die gleichen hohen Preise für Bus- und Tramfahrten zu verlangen wie von Leuten mit hohem Einkommen. Unfair ist auch die Bussenpraxis, welche Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrern unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und vom Verschulden eine einheitliche Geldstrafe auferlegt.

In diesem Sinne ersuche ich den Gemeinderat,

1. eine Mobilitätslegi einzuführen, welche Obdachlosen und Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe einschliesslich ihrer Kinder freie Fahrt auf dem Netz von Bernmobil gewährt;
2. darauf hin zu wirken, dass diese Mobilitätslegi auch auf weiteren öffentlichen Verkehrsmitteln der Agglomeration anerkannt wird;
3. den Zugang von weiteren von Armut betroffenen Kreisen zur Mobilitätslegi sicherzustellen.

Bern, 13. September 2007

Postulat Rolf Zbinden (PdA), Daniele Jenni, Christine Michel, Lea Bill, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Anne Wegmüller, Miriam Schwarz, Ruedi Keller

Interfraktionelle Interpellation GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Susanne Elsener, GFL/Miriam Schwarz/Annette Lehmann, SP/Urs Frieden, GB): Pfand- und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen auf öffentlichem Grund

Aufgrund der Veranstaltung auf dem Bundesplatz (Open Heart-Festival) vom 30. Juli 2007 ist die Diskussion um das neue Abfallreglement, das am 1. Mai 2007 in Kraft trat, neu entfacht worden. Anstelle von Pfand- und Mehrweggeschirr wurde Plastikgeschirr ausgegeben. Dieses wurde von einem Bierhersteller gesponsert, was hinsichtlich des Jugendschutzes sehr fragwürdig ist. Es entstand ein riesiger Abfallberg.

Die positiven Erfahrungen aus dem „Buskers Festival“ zeigen, dass mit dem neuen Abfallreglement weniger hohe Abfallkosten an die Veranstalter fallen. Es ist uns wichtig, dass in Zukunft das Abfallreglement eingehalten wird, und wir stellen deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Welche Veranstaltungen wurden bis heute von der Pflicht des Mehrweggeschirrs entbunden und mit welchen Begründungen?
2. Was hat die Stadt mit den VeranstalterInnen des „Open Heart Festival“ betr. Mehrweggeschirr vereinbart? Wie wurden die Veranstalter auf das Einhalten des Abfallreglements aufmerksam gemacht?
3. Wurden diese Veranstaltungen, namentlich das „Open Heart Festival“, für ihr Umgehen des Abfallreglements gebüsst und wenn Ja, wie hoch?

4. Wie wird das Controlling an den Veranstaltungen in Zukunft aussehen und gesichert werden und wer führt es durch?
5. Ist der Leitfaden der Gewerbeполиzei aus Sicht des Gemeinderates mit der Formulierung „darf in der Regel nur Pfand- oder Mehrweggeschirr verwendet werden“ präzise genug? Oder sieht er eine Möglichkeit, dies konkreter zu formulieren oder die Ausnahmen abschliessend zu benennen?
6. Wie gedenkt der Gemeinderat darauf zu reagieren, dass die Zeit zwischen dem Einreichen der erforderlichen Konzepte und der Durchführung der Veranstaltung mit einem Monat zu knapp bemessen ist? (Im Fall des Bio-Zmorgen wurden die VeranstalterInnen einen Tag vor Durchführung des Anlasses auf das Abfallreglement und die Verwendung von Mehrweggeschirr hingewiesen.)
7. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, Anreize zu schaffen (z.B. durch die Höhe von Gebühren) damit sich VeranstalterInnen in Sachen Mehrweggeschirr und Abfallverminderung aus- und/oder weiterbilden? (Es gibt Anbieter von Mehrweggeschirr, die solches anbieten, z. B. Bringitback.)
8. Wie kann in Zukunft gesichert werden, dass alle Veranstaltungen nach den gleichen Gesichtspunkten beurteilt werden und nicht einige VeranstalterInnen einen Wettbewerbsvorteil dadurch erhalten, dass sie kein Mehrweggeschirr verwenden (müssen) und so die entsprechenden Aufwendungen nicht zu tätigen haben?

Bern, 13. September 2007

Interfraktionelle Interpellation GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Susanne Elsener, GFL/Miriam Schwarz/Annette Lehmann, SP/Urs Frieden, GB), Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Karin Gasser, Stéphanie Penher, Lea Bill, Anne Wegmüller, Christine Michel, Franziska Schnyder, Hasim Sancar, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Beni Hirt, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Claudia Kuster, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Christof Berger, Michael Aebbersold, Ueli Stüchelberger, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Rania Bahnan Buechi, Daniele Jenni, Rolf Zbinden

Interpellation Ueli Stüchelberger (GFL): Wie sinnvoll ist die Trennung des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz vom Sozialamt?

Für die GFL/EVP-Fraktion ist eine effiziente, gut strukturierte Stadtverwaltung ein wichtiges Anliegen. Unnötige Schnittstellen und Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden. Statt bei Beiträgen an Dritte (Organisationen) zu sparen, würde die GFL/EVP-Fraktion eine Überprüfung und Reorganisation der Verwaltung vorziehen, können doch so erhebliche Kosten eingespart werden, ohne dass sichtbare Leistungen abgebaut werden müssten.

Unter diesem Gesichtswinkel nehmen wir den Transfer des Amtes für Erwachsenen und Kinderschutz aus der BSS zur SUE mit Befremden zur Kenntnis, dieses Befremden teilen wir mit vielen Fachpersonen. Eine enge Zusammenarbeit von Jugend- und Sozialamt sowie dem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz macht nicht nur aus inhaltlichen Gründen Sinn, sie ist unabdingbar. In den meisten Gemeinden werden diese anspruchsvollen Aufgaben in Personalunion wahrgenommen. Durch diese Trennung entstehen vermeidbare directionsübergreifende Schnittstellen, was zu bedauern ist:

Das Zusammengehen der Stadt- und Kantonsполиzei zum Anlass für eine umfassende Überprüfung der Verwaltungsstrukturen zu nehmen, wurde verpasst. Wir kommen nicht darum herum anzunehmen, dass der Gemeinderat die einzelnen Ämter und Dienststellen basarähnlich auf die 5 Direktionen verteilt hat, wie das hier erwähnte Beispiel darlegt:

In diesem Zusammenhang (Trennung Sozialamt/Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz) stellen wir dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Weshalb nahm der Gemeinderat das Zusammengehen der Stadt- und Kantonspolizei per 1. Januar 2008 nicht zum Anlass für eine umfassende Überprüfung der Verwaltungsstrukturen?
2. Aus welchen inhaltlichen Gründen hat der Gemeinderat die Trennung Sozialamt/Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz vorgenommen?
3. Sprachen andere als inhaltliche Gründe für diese Trennung?
4. Warum wurde nicht anstelle des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz das Sportamt von der BSS zur SUE verschoben?
5. Welche Kosten sind/werden durch diese Trennung entstanden/entstehen?
6. Führt(e) die Trennung zu zusätzlichem Stellenbedarf?
7. Sind sämtliche Punkte betreffend Direktionswechsel und zukünftiger Zusammenarbeit des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz mit dem Sozial- und Jugendamt geklärt? Was geschieht mit der gemeinsamen EDV-Lösung „Kiss“?

Bern, 13. September 2007

Interpellation Ueli Stückelberger (GFL), Conradin Conzetti, Martin Trachsel, Anna Magdalena Linder, Peter Künzler, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler

Interpellation Rania Bahnan Büechi (GFL): Wie werden die Interessen der Kinder bei Umbauten von Kindergärten gewichtet?

Beim Umbau des Kindergartens Hochfeld in der Länggasse trat ein Interessenkonflikt zwischen den Anliegen der Kinder und dem Denkmalschutz auf. So wurden die Kindergärtnerinnen in der Vorphase der Planung der Renovation des Kindergartens Hochfeld nicht miteinbezogen oder gefragt, was sie für Bedürfnisse hätten. Die geplanten Renovationen sind nicht sehr kindergerecht, wie z.B. der Ersatz einer Holztüre im Kindergarten durch eine Glasstüre. Eine Glasstüre ist für einen Kindergarten nicht geeignet, weil z.B. die später kommenden Kinder durch die Glasstüre schauen können und so den Unterricht stören. Zudem wurde die Anfrage nach der Einrichtung einer kleinen Küche zwischen den beiden Kindergärten aus Denkmalschutzgründen abgelehnt. Eine kleine Küche wäre aber wichtig, um die Aktivitäten auszuweiten. Ohne Küche können die Kindergärtnerinnen keine gemeinsamen Sachen mit den Kindern in der Küche machen wie z.B. basteln mit Zuckerteig, Gritibänze oder Weihnachtsguetzli backen. Die Räume sind zudem so eng, dass es im Kindergarten schwierig ist, Sachen zu versorgen. Zusätzliche Schränke wären angebracht. Stattdessen wird jetzt z.B. der Boden im Eingang ersetzt, obwohl das eigentlich gar nicht nötig wäre.

Kindergärten sollten für die Kinder da sein. Dabei sollte der Denkmalschutz nur berücksichtigt werden, als dass die Gebäude von aussen nicht ihren Charakter verlieren. In erster Linie aber muss die Architektur den seit der Erstellung stark geänderten Anforderungen an einen modernen Kindergarten gerecht werden. Es werden laufend ältere und schützenswertere Gebäude aufgrund kommerzieller Ansprüche ausgehöhlt, ohne grosse Einsprachen. Es ist den Unterzeichnenden ein grosses Anliegen, dass auch unsere Kinder eine Stimme bekommen, und ihre Ansprüche wahrgenommen werden, was aber – wie am Beispiel Hochfeldkindergarten aufgezeigt – leider noch nicht geschieht.

Da die Renovation vorläufig verschoben wurde, möchten wir dem Gemeinderat die folgenden Fragen stellen:

1. Sind Anliegen des Heimatschutzes wichtiger als die kindergerechte Gestaltung von Kindergärten?

2. Warum sind die Kindergärten mit so wenig Rüst- und Kochmöglichkeiten ausgerüstet?
3. Was wird die StaBe der Stadt Bern in Zukunft machen, damit den Anliegen der Kinder vermehrt Rechnung getragen wird?
4. Wie geht es konkret am Beispiel Kindergarten Hochfeld weiter?

Bern, 13. September 2007

Interpellation Rania Bahnan Büechi (GFL), Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Gabriela Bader Rohner, Erik Mozsa, Ueli Stückelberger

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Franziska Meyer*

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr: 13.09.2007-21:22 - 019

Rückweisungsantrag

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marrous	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagiero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Eisener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniela	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schwyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein

Stuckelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Kiener	Markus	FDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Stauffer	Ernst	ARP	Ja
Wasserfallen	Christian	JF	Ja
Gubser	Beat	EDU	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 13.09.2007 21:22:55

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr: 13.09.2007-21:38 - 020

Antrag 1

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Aebersold	Michael	SP	Ja
Aniker-Marrous	Cristina	GB	Ja
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Battagiero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eisener	Susanne	GFL	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Ja
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Gasser	Karin	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirt	Beni	Juso	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jenni	Daniela	GPB	Ja
Jordi	Stephan	SP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Kiener	Markus	FDP	Ja

Künzler	Peter	GFL	Ja
Kuster	Claudia	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lüthi	Markus	SP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozza	Erik	GFL	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penner	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schwyder	Franziska	GB	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Stauffer	Ernst	ARP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stuckelberger	Ueli	GFL	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Wasserfallen	Christian	JF	Ja
Wegmüller	Anne	JAI	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Zysset	Andreas	SP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Lerch	Daniel	CVP	
Lüscher	Liselotte	SP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 13.09.2007 21:39:05

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr: 13.09.2007-21:39 - 021

Antrag 2

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marrous	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagiero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eisener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jenni	Daniela	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kiener	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein

Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penner	Stéphanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schwyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stuckelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Wasserfallen	Christian	JF	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 13.09.2007 21:39:47

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr: 13.09.2007-21:40 - 022

Antrag 3

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marrous	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagiero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eisener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jenni	Daniela	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kiener	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein

Penner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schwyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stuckelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Stauffer	Ernst	ARP	Ja
Wasserfallen	Christian	JF	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 13.09.2007 21:40:17

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:40 - 023

Antrag 4

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marcoux	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JA!	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schryder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JA!	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:40:48

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:41 - 024

Antrag 5

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marcoux	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JA!	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Elener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Omär	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schryder	Franziska	GB	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:41:37

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:42 - 025

Abstimmung GUB

Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Staufner	Ernst	ARP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Aebersold	Michael	SP	Ja
Aniker-Marcoux	Cristina	GB	Ja
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Ja
Bill	Lea	JA!	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Elener	Susanne	GFL	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Ja
Gafner Wasser	Jacqueline	FDP	Ja
Gasser	Karin	GB	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jenni	Daniele	GPB	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:42:17

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:46 - 026

Antrag 6

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Marcoux	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JA!	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Wasser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:46:30

Stadtrat der Stadt Bern

Antrag 8

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:57 - 027

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Margous	Cristina	GB	Nein
Bader Röhner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schnyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:58:13

Stadtrat der Stadt Bern

Antrag 9

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:58 - 028

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Margous	Cristina	GB	Nein
Bader Röhner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schnyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:58:45

Stadtrat der Stadt Bern

Antrag 10

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:59 - 029

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Margous	Cristina	GB	Nein
Bader Röhner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schnyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:59:15

Stadtrat der Stadt Bern

Antrag 11

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-21:59 - 030

Aebersold	Michael	SP	Nein
Aniker-Margous	Cristina	GB	Nein
Bader Röhner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jenni	Daniele	GPB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schnyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 21:59:44

Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bärtschi	Stefan	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Gafner-Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kiener	Markus	FDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Stauffer	Ernst	ARP	Ja
Wasserfallen	Christian	JF	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	****
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	
Krummen	Andreas	SP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	
Zobrist	Beat	SP	

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:11 - 031

Antrag 12

Aebersold	Michael	SP	Nein
Anliker-Mannous	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Baggiolo	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Penner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schwyder	Franziska	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Volmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bartschi	Stefan	SVP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:11:29

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:12 - 032

Abstimmung PRD

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bartschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kiener	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Nause	Rein	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schoni	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Wasserfallen	Christian	JF	Nein
Aebersold	Michael	SP	Ja
Anliker-Mannous	Cristina	GB	Ja
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Baggiolo	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Elseiner	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:12:43

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:35 - 033

Antrag 44

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Anliker-Mannous	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bartschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elseiner	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kiener	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Nause	Rein	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penner	Stéphanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schwyder	Franziska	GB	Nein
Schoni	Beat	SVP	Nein

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:35:48

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:36 - 034

Antrag 45

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bartschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elseiner	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kiener	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Nause	Rein	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schoni	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stuckelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Marlin	EVP	Nein
Wasserfallen	Christian	JF	Nein
Aebersold	Michael	SP	Ja
Baggiolo	Giovanna	SP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:36:16

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:36 - 035

Antrag 46

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kienner	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Christian	JF	Nein
Aebersold	Michael	SP	Ja
Aniker-Manroux	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:36:53

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:37 - 036

Antrag 47

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kienner	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Christian	JF	Nein
Aebersold	Michael	SP	Ja
Aniker-Manroux	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:37:23

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:37 - 037

Antrag 48

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kienner	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Christian	JF	Nein
Aebersold	Michael	SP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:37:53

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:38 - 038

Antrag 49

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Aniker-Manroux	Cristina	GB	Nein
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolph	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kienner	Markus	FDP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein

Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schnyder	Franziska	GB	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Stauffer	Ernst	ARP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stückelberger	Ueli	GFL	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Volmer	Gisela	SP	Nein
Wegmüller	Anne	JAI	Nein
Zysset	Andreas	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Ja
Jenni	Daniele	GPB	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Aebersold	Michael	SP	Enth.
Grossi	Guglielmo	SP	Enth.
Jordi	Stephan	SP	Enth.
Lüscher	Liselotte	SP	Enth.
Mordini	Patrizia	SP	Enth.
Wasserfallen	Christian	JF	Enth.
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 13.09.2007 22:38:24

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 13.09.2007-22:38 - 039

Abstimmung TKS

Bärtschi	Stefan	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Bisler	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jenni	Daniela	GPB	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Staufner	Ernst	ARP	Nein
Zbinden	Rolf	PGA	Nein
Aebberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Anker-Mantoux	Cristina	GB	Ja
Bader Rohner	Gabriela	GFL	Ja
Bahman Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Ja
Bill	Lee	JAI	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Doiores	FDP	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Friedli	Rudolph	SVP	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Ja
Gafner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Gasser	Karin	GB	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hirt	Boni	Juso	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jordi	Stephan	SP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja

Keller	Ruedi	SP	Ja
Kiener	Markus	FDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kuster	Claudia	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lüthi	Markus	SP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Michal	Christine	GB	Ja
Morsa	Enik	GFL	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schwyder	Franziska	GB	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stückelberger	Ueli	GFL	Ja
Tracheel	Martin	EVP	Ja
Wegmüller	Anne	JAI	Ja
Zysset	Andreas	SP	Ja
Aebersold	Michael	SP	Enth.
Lüscher	Liselotte	SP	Enth.
Mathieu	Corinne	SP	Enth.
Mordini	Patrizia	SP	Enth.
Nause	Reto	CVP	Enth.
Vollmer	Gisela	SP	Enth.
Wasserfallen	Christian	JF	Enth.
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	****
Krummen	Andreas	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Lerch	Daniel	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Riesen	Lydia	SD	
Weil	Thomas	SVP	
Zimmerli	Christoph	FDP	

**** Präsenzliste stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 13.09.2007 22:38:54